



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

AVIS SUR LES PROFESSIONS LIBÉRALES ET LA LIBRE CIRCULATION DES SERVICES ARCHITECTES

Allemagne, Angleterre, Autriche, France et Italie

ACTUALISATION AU 31 DÉCEMBRE 2009

Avis 07-011

Lausanne, le 31 juillet 2010
ECR/GPR/EL/IV/MB/AF/LF/MM/BA

TABLE DES MATIÈRES

ALLEMAGNE	3
ANGLETERRE	15
AUTRICHE	18
FRANCE	26
ITALIE	36

ALLEMAGNE

I. EINLEITUNG

A. Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- Artt. 39ff, 43ff und 49ff EG-Vertrag (EG) (ABl. 24.12.2002 C 325/33); nunmehr seit dem 01.12.2009 **Artt. 45ff, 49 ff und 56 ff EU-Arbeitsweisevertrag** (AEUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 2008 (ABl. Nr. C 115 S. 47) EU-Dok.-Nr. 1 1957 E, zuletzt geändert durch Art. 2 Vertrag von Lissabon vom 13. 12. 2007 (ABl. Nr. C 306 S. 1, ber. ABl. 2008 Nr. C 111 S. 56 u. ABl. 2009 Nr. C 290 S. 1).
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 1.6.2009 (0.142.112.681) in Deutschland BGBl. II 2001 S. 810 und BGBl. II 2002, S. 1692.

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18), zuletzt geändert durch Art. 1 ÄndVO (EG) 279/2009 vom 6. 4. 2009 (ABl. Nr. L 93 S. 11)

2. Deutsches Recht

a. Gesetze

Die auf auswärtige Architekten anwendbaren Normen befinden sich in den Gesetzen der Länder, die den Beruf des Architekten regeln, wie beispielsweise das Niedersächsische Architektengesetz¹, das Baden-Württembergische Architektengesetz² oder das Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau, die die Vorgaben zur Führung der Berufsbezeichnung des Architekten und die Anerkennung von Hochschulabschlüssen anderer Staaten beinhalten. Im Rahmen dieser Studie wird beispielhaft insbesondere auf **Bayern** Bezug genommen, da dieses Bundesland als eines der Ersten die Richtlinie 2005/36/EG umgesetzt hatte.

- Bsp.: [Gesetz über die Bayerische Architektenkammer und die Bayerische Ingenieurkammer-Bau \(Baukammerngesetz - BauKaG\)](#) vom 9. Mai 2007 (GVBl S. 308) BayRS 2133-1-I, zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2009 (GVBl S. 630).
- Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen ([Baukammernverfahrensverordnung – BauKaVV](#)) vom 1. Juni 2007, geändert durch Verordnung vom [29. November 2007](#), [19. Februar 2008](#) sowie vom [22. Oktober 2009](#).

¹ **Niedersächsisches Architektengesetz (NArchTG)** in der Fassung vom 26. März 2003 (NdsGVBl. S. 177) zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Änd. des Nds. ArchitektenG, des Nds. IngenieurG und anderer Gesetze vom 10.12.2008 (Nds. GVBl. S. 370).

² **Architektengesetz (BW)** in der Fassung vom 5.10.1999 (GBGI. S. 411), zuletzt geändert durch Art. 6 DLR-Gesetz BW3 vom 17. 12. 2009 (GBl. S. 809).

B. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im bayerischen BauKaG bereits umgesetzt.

2. Verhältnis zum Freizügigkeitsabkommen Schweiz-EG

Die nationale Gesetzgebung bezieht die Richtlinie bereits ein, die allerdings für die Schweiz noch nicht gilt. Mit der Entscheidung für die Richtlinienanwendung in der Schweiz ist daher anzunehmen, dass auf Schweizer Berufstätige die gleichen Grundsätze Anwendung finden werden, die für Staatsangehörige der EU-Mitgliedsstaaten gelten, und die Voraussetzungen der Anerkennung von Berufsqualifikationen und der Niederlassung Schweizer Staatsangehöriger in EU-Staaten erleichtert wird.

II. LÄNDERBERICHT DEUTSCHLAND

A. Niederlassung als Architekt

1. Titel

Die Berufsbezeichnung Architekt ist in Deutschland rechtlich geschützt. Daher darf gemäss Art. 1 BayBauKaG die Berufsbezeichnung „Architektin“, „Architekt“, „Innenarchitektin“, „Innenarchitekt“, „Landschaftsarchitektin“ oder „Landschaftsarchitekt“ nur führen und unter dieser Bezeichnung tätig sein, wer in die **Architektenliste** des jeweiligen Landes eingetragen ist oder nach den Vorschriften über die Führung der Berufsbezeichnung (Art. 2) dazu berechtigt ist. Die Berufsbezeichnungen „Stadtplanerin“ und „Stadtplaner“ darf nur führen, wer in die Stadtplanerliste eingetragen oder zur Führung der Berufsbezeichnung (Art. 2) berechtigt ist. Art. 1 BayBauKaG präzisiert noch dass Wortverbindungen mit den genannten Berufsbezeichnungen oder ähnliche Bezeichnungen nur verwenden darf, wer die entsprechende Berufsbezeichnung zu führen befugt ist.

Hierbei werden die Berufsaufgaben des **Architekten** (Art. 3 Abs. 1 BayBauKaG) als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Bauwerken sowie die Orts- und Stadtplanung innerhalb ihrer oder seiner Fachrichtung umschrieben. Die des **Innenarchitekten** (Art. 3 Abs. 2 BayBauKaG) als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Innenräumen und der damit verbundenen baulichen Änderung von Gebäuden, die des **Landschaftsarchitekten** (Art. 3 Abs. 3 BayBauKaG) als die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Planung von Landschaft, Freianlagen und Gärten sowie die Orts- und Stadtplanung innerhalb ihrer oder seiner Fachrichtung. Berufsaufgaben des **Stadtplaners** (Art. 3 Abs. 4 BayBauKaG) sind die gestaltende, technische, wirtschaftliche, umweltgerechte und soziale Stadt- und Raumplanung sowie die Erarbeitung städtebaulicher Pläne. In allen Fällen gehört zu den Aufgaben auch die Beratung, Betreuung und Vertretung des Auftraggebers in den mit der Planung, Ausführung und Steuerung des Vorhabens zusammenhängenden Angelegenheiten sowie die Überwachung der Ausführung und die Projektentwicklung.

Haben Architekten weder in Bayern einen Wohnsitz noch eine Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung hat, darf die Berufsbezeichnung ohne Eintragung in die jeweilige Liste nur geführt werden, wenn der Betreffende gemäß Art. 2 Abs. 1 S. 1 BayBauKaG

Allemanne

1. die Bezeichnung auf Grund einer Regelung eines **Landes** der Bundesrepublik Deutschland, in dem er seinen Wohnsitz, seine Niederlassung oder überwiegende Beschäftigung hat, führen darf oder
2. hinsichtlich der Berufsbezeichnung nach Art. 1 Abs. 1 die nachfolgend erörterten **Voraussetzungen an die Berufsqualifikation** erfüllt.

Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates genügt es nach Art. 2 Abs. 1 S. 2 BayBauKaG, wenn sie zur Ausübung desselben Berufs rechtmäßig in einem Mitglied- oder Vertragsstaat niedergelassen sind und einen Beruf mit einer in Art. 1 genannten Berufsbezeichnung mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt haben; die Bedingung, dass der Dienstleister den Beruf zwei Jahre ausgeübt haben muss, gilt nicht, wenn entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert** ist.

Dies gilt entsprechend für **Drittstaatsangehörige** (Art. 2 Abs. 1 S. 3 BayBauKaG), soweit sich nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (so die **Schweizer** über die bilateralen Verträge).

2. Dauernde Berufszulassung

a. Erfordernisse

aa. Voraussetzungen der Eintragung

Nach Art. 4 BayBauKaG sind in die Architektenliste als freiberuflicher, angestellter, beamteter oder in der Bauwirtschaft tätiger Architekt auf Antrag einzutragen, wer

1. **Wohnsitz, Niederlassung oder überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern** hat,
2. eine **erfolgreiche Abschlussprüfung** in einem **Studium**
 - a) mit einer mindestens **vierjährigen** Regelstudienzeit für die Fachrichtung Architektur (Hochbau) oder
 - b) mit einer mindestens **dreijährigen** Regelstudienzeit für die Fachrichtungen Innen- oder Landschaftsarchitektur

an einer deutschen Hochschule, an einer deutschen öffentlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule (Akademie) oder an einer dieser gleichwertigen deutschen Lehrinrichtung abgelegt und

3. eine nachfolgende **praktische Tätigkeit** in der betreffenden Fachrichtung von mindestens **zwei** Jahren ausgeübt hat, wobei berufsfördernde Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen der Architektenkammer im Aufgabenbereich der technischen und wirtschaftlichen Planung sowie des Baurechts anzurechnen sind.

Die Voraussetzungen an die Ausbildung erfüllt auch, wer ein entsprechendes ausländisches Studium mit einer mindestens **dreijährigen** Regelstudienzeit erfolgreich abgeschlossen und danach eine mindestens **sechsjährige** praktische Tätigkeit in der entsprechenden Fachrichtung unter Aufsicht einer Architektin oder eines Architekten ausgeübt hat. Der Erwerb der entsprechenden Kenntnisse ist durch eine vom Eintragungsausschuss der Architektenkammer durchzuführende **Prüfung** auf Hochschulniveau nachzuweisen.

Die Voraussetzung für die **Fachrichtung Architektur** erfüllt auch, wer einen **gleichwertigen** Studienabschluss an einer **ausländischen Hochschule** oder an einer

Allemagne

sonstigen ausländischen Einrichtung nachweisen kann. Bei Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates und bei Drittstaatsangehörigen, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt (Schweiz) gelten als gleichwertig die nach Art. 21, 46 und 47 der Richtlinie 2005/36/EG³ iVm. Anhang V Nr. 5.7.1. bekannt gemachten oder als genügend anerkannten Ausbildungsnachweise sowie die Nachweise nach Art. 23 und 49 der Richtlinie 2005/36/EG in Verbindung mit deren Anhang VI Nr. 6.

Diese Voraussetzungen sind auch erfüllt, wenn ein Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen im Sinn des Art. 10 Buchst. b, c, d und g der Richtlinie 2005/36/EG die Voraussetzungen für eine Anerkennung seiner Ausbildungsnachweise auf der Grundlage der Koordinierung der Mindestanforderungen an die Ausbildung im Sinn der Richtlinie 2005/36/EG nicht erfüllt, wenn im Übrigen die Voraussetzungen des Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG vorliegen; dabei sind Ausbildungsgänge im Sinn des Art. 12 der Richtlinie 2005/36/EG gleichgestellt. **Dies gilt entsprechend für Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt.**⁴

Die Voraussetzung der **Fachrichtungen Innen- und Landschaftsarchitektur** erfüllt auch, wer einen gleichwertigen Studienabschluss an einer ausländischen Hochschule oder an einer sonstigen ausländischen Einrichtung nachweisen kann. Dies gilt für Angehörige eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates auf Grund eines Ausbildungsnachweises, der mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, in einem EU-Mitgliedstaat oder einem EWR-Vertragsstaat über die Voraussetzungen für die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs verfügt. Hier genügt es zudem, wenn der Antragsteller den Beruf vollzeitlich **zwei** Jahre lang in den vorhergehenden **zehn** Jahren in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert, ausgeübt hat, sofern sie oder er im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist; die zwei-jährige Berufserfahrung darf nicht gefordert werden, wenn der Ausbildungsnachweis der Antragstellerin oder des Antragstellers eine reglementierte Ausbildung abschließt, die mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht. Für die Anerkennung nach den Sätzen 2 und 3 müssen im Übrigen die Voraussetzungen des Art. 13 der Richtlinie 2005/36/EG vorliegen; dabei sind Ausbildungsgänge oder -nachweise im Sinn der Art. 3 Abs. 3 und Art. 12 der Richtlinie 2005/36/EG gleichgestellt. Dies gilt entsprechend für Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Anerkennung der Ausbildungsnachweise nach dem EG-Recht eine Gleichstellung ergibt (Schweiz).

4. Die Eintragung in die Architektenliste ist gem. Art. 6 BayBauKaG zu versagen, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen sich ergibt, dass die Bewerberin oder der Bewerber nicht die für den Beruf der Architektin, des Architekten, der Innenarchitektin, des

³ Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABI EU Nr. L 255 S. 22), geändert durch Richtlinie 2006/100/EG des Rates vom 20. November 2006 (ABI EU Nr. L 363 S. 141).

⁴ Dies gilt auch entsprechend für Personen, die zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt auf Grund eines Gesetzes ermächtigt worden sind, das der zuständigen Behörde eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates die Befugnis zuerkennt, diesen Titel Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten der oder der EWR-Vertragsstaaten zu verleihen, die sich durch die Qualität ihrer Leistungen auf dem Gebiet der Architektur besonders ausgezeichnet haben.

Allemagne

Innenarchitekten, der Landschaftsarchitektin, des Landschaftsarchitekten, erforderliche Zuverlässigkeit besitzt.

bb. Bereits in anderen Bundesländern eingetragene Architekten

Eine Bewerberin oder ein Bewerber, die oder der in die Liste der jeweiligen Fachrichtung bei der Architektenkammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland eingetragen ist, ist gemäß Art. 7 Abs. 4 BayBauKaG auf Antrag ohne Prüfung der Befähigung nach Abs. 2 in die Liste ihrer oder seiner Fachrichtung einzutragen. Ist die Eintragung in die Liste der jeweiligen Fachrichtung bei der Architektenkammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland nur gelöscht worden, weil die Wohnung oder berufliche Niederlassung in diesem Land aufgegeben worden ist, so ist die Bewerberin oder der Bewerber innerhalb eines Jahres nach Löschung aus der Liste des anderen Landes auf Antrag ohne Prüfung der Befähigung nach Abs. 2 in die Liste ihrer oder seiner Fachrichtung einzutragen.

b. Antragsinhalt

Am Beispiel des Antrags in Bayern⁵

Nach Art. 4 BayBauKaG erfolgt die Eintragung in die Architektenliste auf **Antrag**. Dieser muss beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer mit folgenden Unterlagen eingereicht werden (§ 4 BauKaVV):

- **Angaben** über Namen und Geburtsdatum, den Wohnsitz, den Ort der Niederlassung oder überwiegenden beruflichen Beschäftigung und die Staatsangehörigkeit.
- Nachweis über Wohnsitz bzw. Angaben über Ort der **Niederlassung** oder die überwiegende berufliche Beschäftigung in Bayern
- Amtliches **Führungszeugnis**, das nicht älter als 3 Monate sein darf
- Zwei **Passbilder**
- Beleg über die Einzahlung der Eintragungsgebühr von € 300, 00 bei Neueintrag
- **folgende Befähigungsnachweise:**
 1. bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 BauKVV bei einem Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, ein als **genügend anerkannter Ausbildungsnachweis** oder Nachweise nach Art. 23 und 49 der Richtlinie 2005/36/EG und Nachweise über Art, Umfang, Zeit und Ort einer **praktischen Tätigkeit** sowie

⁵ **Der Antragsinhalt variiert leicht von Bundesland zu Bundesland: Mit dem Antrag** auf Eintragung in die niedersächsische Architektenliste beim Eintragungsausschuss der Architektenkammer **in Niedersachsen etwa sind** folgende Unterlagen einzureichen:
Antragsformular
Nachweis über die Berechtigung der Führung eines akademischen Grades
Bescheinigungen des Arbeitgebers über eine mindestens zweijährige praktische Tätigkeit
Eigene Arbeiten: mindestens zwei Pläne zu drei Objekten sowie zu einem Objekt mindestens zwei Ausführungs- und Detailzeichnungen
Nachweis über den Besuch von acht eintägigen Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen der praktischen Tätigkeit
Nachweis der aktuellen Beschäftigungsart
Beleg über die Zahlung der Eintragungsgebühr von € 290, 00 für den Ersteintrag
Nachweis über Berufshaftpflichtversicherung für freischaffende Architekten

Allemanne

2. in anderen Fällen Angaben, warum bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 auch bei einem Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, aus besonderen und außergewöhnlichen Gründen die Voraussetzungen für eine **allgemeine Anerkennung** der Ausbildungsnachweise vorliegen, oder ein Nachweis, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller auf Grund eines Gesetzes zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt ermächtigt worden ist.
3. Bei **gleichwertigen** Studienabschlüssen
 - a) ein Nachweis über eine gleichwertige, erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung an einer ausländischen Hochschule oder sonstigen ausländischen Einrichtung oder
 - b) bei einem Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. gem. § 4 Abs 3 BayBauKaVV bei Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt,
 - aa) Nachweise, aus denen sich ergibt, dass dieser auf Grund eines Ausbildungsnachweises, der mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht, in einem Mitglied- oder Vertragsstaat über die Voraussetzungen für die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs verfügt, oder
 - bb) Nachweise, dass dieser den Beruf vollzeitlich **zwei** Jahre lang in den vorhergehenden **zehn** Jahren in einem anderen Mitglied- oder Vertragsstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert hat, ausgeübt hat und dass er im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist; der Nachweis über die Berufserfahrung darf nicht gefordert werden, wenn der Ausbildungsnachweis eine reglementierte Ausbildung nachweist, die mindestens dem Niveau des Art. 11 Buchst. c der Richtlinie 2005/36/EG entspricht;
4. gegebenenfalls der Nachweis über die **Eintragung** in die Architektenliste eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland;

Die Eintragungsausschüsse können darüber hinaus weitere in Art. 7 der Richtlinie 2005/36/EG genannte Nachweise und Informationen verlangen.

c. **Zuständige Behörde, Verfahren, Fristen**

aa. *Zuständige Behörden*

Adressen der Landesarchitektenkammern:

Architektenkammer Baden-Württemberg

Danneckerstraße 54
70182 Stuttgart
TEL: 0711 / 21960
FAX 0711 / 2196101
www.akbw.de
info@akbw.de

Bayerische Architektenkammer

Waisenhausstraße 4
80637 München.
TEL: 089 / 1398 80-0
FAX: 089 / 13 9880-99
www.byak.de
info@byak.de

Allemagne

Architektenkammer Berlin

Karl-Marx-Allee 78
10243 Berlin
TEL: 030 / 29 33 07 0
Fax: 030 / 29 33 07 16
www.ak-berlin.de
kammer@ak-berlin.de

Brandenburgische Architektenkammer

Kurfürstenstraße 52
14467 Potsdam
TEL: 0331 / 27591-0
FAX: 0331 / 294011
www.ak-brandenburg.de
info@ak-brandenburg.de

Architektenkammer der Freien Hansestadt Bremen

Geeren 41 / 43
28195 Bremen
TEL: 0421 / 170007
FAX: 0421 / 302692
www.architektenkammer-bremen.de
info@architektenkammer-bremen.de

Hamburgische Architektenkammer

Grindelhof 40
20146 Hamburg
TEL: 040 / 44 18 41 - 0
FAX: 040 / 44 18 41 - 44
<http://www.akhh.de>
info@akhh.de

Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen

Bierstadter Straße 2
65189 Wiesbaden
TEL: 0611 / 17380
FAX: 0611 / 173840
www.AKH.de
info@akh.de

Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 32
19055 Schwerin
TEL: 0385 / 59079-0
FAX: 0385 / 59079-30
www.ak-mv.de
info@ak-mv.de

Architektenkammer Niedersachsen

Friedrichswall 5
30159 Hannover
TEL: 0511 / 28096-0
FAX: 0511 / 28096-19
www.aknds.de
info@aknds.de

Allemagne

Architektenkammer Nordrhein-Westfalen

Zollhof 1
40221 Düsseldorf
TEL: 02 11 / 49 67 0
FAX: 02 11 / 49 67 99
<http://www.aknw.de>
info@aknw.de

Architektenkammer Rheinland-Pfalz

Hindenburgplatz 2-6
55118 Mainz
TEL: 06131 / 99600
FAX: 06131 / 614926
www.akrp.de
lgs@akrp.de

Architektenkammer des Saarlandes

Neumarkt 11
66117 Saarbrücken
TEL 0681 / 95441-0
FAX 0681 / 95441-11
www.aksaarland.de
info@aksaarland.de

Architektenkammer Sachsen

Goetheallee 37
01309 Dresden
TEL 0351 / 317460
FAX 0351 / 3174644
www.aksachsen.org
dresden@AKSachsen.org

Architektenkammer Sachsen-Anhalt

Fürstenwall 3
39104 Magdeburg
TEL: 0391 / 53 611-0
Fax: 0391 / 53 611-13
www.ak-lsa.de
info@ak-lsa.de

Architekten- und Ingenieurkammer Schleswig-Holstein

Düsternbrooker Weg 71
24105 Kiel
TEL: 0431 / 57065-0
FAX: 0431 / 57065-25
www.aik-sh.de
info@aik-sh.de

Architektenkammer Thüringen

Bahnhofstraße 39
99084 Erfurt
TEL 0361 / 210500
FAX 0361 / 2105050
www.architekten-thueringen.de
info@architekten-thueringen.de

Allemagne

bb. Verfahren

Näheres zum Verfahren regelt die **Verordnung über die Verfahren bei den Baukammern und deren Eintragungsausschüssen (BauKaVV)**.

Die Eintragungsausschüsse bestätigen den Antragstellern binnen **eines Monats** den Empfang der Unterlagen und teilen ihnen gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen (§ 2 Abs. 2 BauKaVV). Die Verfahren müssen innerhalb kürzester Frist abgeschlossen werden, spätestens jedoch **drei Monate** nach Einreichung der vollständigen Unterlagen (§ 2 Abs. 4 BauKaVV). Diese Frist kann in Fällen der Anerkennung von Ausbildungsnachweisen nach der Allgemeinen Regelung der Richtlinie 2005/36/EG (Art. 10 ff.) um einen Monat verlängert werden.

Ist eine **Prüfung auf Hochschulniveau** durchzuführen so gilt gem. § 8 BayBauKVV:

Die Prüfung beginnt mit der Anfertigung von **vier** schriftlichen Aufsichtsarbeiten an **drei** aufeinander folgenden Tagen. Prüfungsinhalt ist am ersten Tag **Baurecht, Baudurchführung**, am zweiten Tag **Entwurf** und **Gestaltung** und am dritten Tag **Technik** und **Konstruktion**. Die Arbeitszeit für die beiden Aufgaben des ersten Tags beträgt insgesamt vier Stunden, für die Aufgabe des zweiten Tags acht Stunden und für die Aufgabe des dritten Tags sechs Stunden. Die Aufgaben für die Aufsichtsarbeiten werden von einer Prüfungskommission festgesetzt und jeweils von zwei Mitgliedern der Prüfungskommission bewertet. In kritischen Fällen findet noch eine einstündige mündliche Prüfung vor mindestens drei Mitgliedern der Prüfungskommission statt. Die Prüfung kann zweimal wiederholt werden.

Die Kammern erteilen den zuständigen Behörden des Herkunftsstaates **Informationen** über

1. die Rechtmäßigkeit der Niederlassung,
2. die gute Führung sowie
3. das Vorliegen oder Nichtvorliegen berufsbezogener disziplinarischer oder strafrechtlicher Sanktionen von in bayerische Listen eingetragenen Architekten.

d. Rechtsstellung

Die Mitglieder der Kammern sind **verpflichtet**, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben, dem ihnen im Zusammenhang mit ihrem Berufsstand entgegen gebrachten Vertrauen zu entsprechen und alles zu unterlassen, was dem Ansehen ihres Berufsstandes schaden kann. Sie sind neben dem Einhalten der **Berufsordnungen** insbesondere verpflichtet (Art. 24 BayBauKaG).

1. sich **beruflich fortzubilden**,
2. sich **kollegial** zu verhalten und **unlauteren Wettbewerb zu unterlassen**,
3. sich ausreichend gegen **Haftpflichtansprüche** zu versichern.

Auch ein außerhalb der Berufstätigkeit liegendes Verhalten ist eine Berufspflichtverletzung, wenn es nach den Umständen des Einzelfalls in besonderem Maß geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für das Ansehen des Berufsstandes bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

a. Meldepflicht

Auswärtige **Architekten**, Innen- und Landschaftsarchitekten, die nicht Mitglied einer deutschen Architektenkammer sind, sowie auswärtige Stadtplaner, die nicht in eine deutsche Stadtplanerliste eingetragen sind, haben das **erstmalige Erbringen** von Leistungen vorher der Architektenkammer anzuzeigen (Art. 2 Abs. 3 BayBauKaG).

Die genannten Personen sind in einem gesonderten Verzeichnis zu führen, ihnen ist eine auf fünf Jahre befristete Bescheinigung auszustellen, aus der sich auch die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung ergibt. Die Bescheinigung ist auf Antrag um **höchstens fünf Jahre** zu verlängern. Der Anzeige und der Eintragung in das Verzeichnis bedarf es nicht, wenn die auswärtige Person bereits über eine ihrer Berufsgruppe entsprechende Bescheinigung einer deutschen Architekten- oder Ingenieurekammer verfügt.

Antragsinhalt

Gem. § 3 BayBauKVV muss die Anzeige für das erstmalige Erbringen von Leistungen durch auswärtige Dienstleister mindestens folgende Angaben und Unterlagen beizufügen:

1. **Angaben** über Namen und Geburtsdatum, den Wohnsitz, den Ort der Niederlassung oder überwiegenden beruflichen Beschäftigung und die Staatsangehörigkeit.
2. ein **amtliches Führungszeugnis**, das nicht älter als 3 Monate sein darf
3. den für die Eintragung in die Architektenliste im konkreten Fall jeweils erforderlichen **Befähigungsnachweis** (vgl. oben)
4. gegebenenfalls der Nachweis über die Eintragung in die Architektenliste eines **anderen Landes** der Bundesrepublik Deutschland;
5. bei Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und Drittstaatsangehörigen, soweit sich nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaft eine Gleichstellung ergibt, Nachweise, aus denen sich ergibt, dass der auswärtige Dienstleister zur Ausübung desselben Berufs **rechtmäßig** in einem Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat **niedergelassen** ist und diesen Beruf mindestens **zwei** Jahre während der vorhergehenden **zehn** Jahre in diesem Staat ausgeübt hat; ist entweder der Beruf oder die Ausbildung zu diesem Beruf **reglementiert**, ist jedoch kein Nachweis über die Berufsausübung zu fordern.
6. Die Eintragungsausschüsse können darüber hinaus weitere in Art. 7 der Richtlinie 2005/36/EG genannte Nachweise und Informationen verlangen.

2. Zuständige Behörden

Eintragungsausschüsse der Kammern, Adressen siehe oben.

3. Rechtsstellung

Auswärtige Architekten, Innen- und Landschaftsarchitekten sind wie Mitglieder der Architektenkammer zu behandeln und haben die jeweiligen Berufspflichten zu beachten, wenn sie nicht bereits Mitglieder der entsprechenden Kammer eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland sind (Art. 2 Abs. 2 BayBauKaG).

C. Sozietäten– Zusatzinformationen

Für Gesellschaften enthält Art. 8 BayBauKaG detaillierte Vorgaben.

1. Inländische Gesellschaften

Architekten können in einer **Partnerschaftsgesellschaft** oder einer **Kapitalgesellschaft** tätig werden, unter der Berufsbezeichnung Architekten allerdings nur, wenn die Gesellschaft in das von der Architektenkammer geführte Gesellschaftsverzeichnis eingetragen oder als auswärtige Gesellschaft hierzu berechtigt ist. Aus den Gesellschaftsverzeichnissen müssen neben der Firma der Sitz der Gesellschaft, der Geschäftsgegenstand, der Geschäftsführer und die Gesellschafter mit den für die Eintragung in die Architektenliste maßgeblichen Angaben ersichtlich sein. Der Eintragung in das Gesellschaftsverzeichnis der Architektenkammer steht die Eintragung in ein entsprechendes Gesellschaftsverzeichnis einer anderen deutschen Architektenkammer gleich, wenn die Gesellschaft in Bayern weder Sitz noch Niederlassung hat.

Eine Gesellschaft ist auf Antrag in das Gesellschaftsverzeichnis bei der Architektenkammer einzutragen, wenn sie

1. ihren **Sitz oder ihre Niederlassung in Bayern** hat,
2. das Bestehen einer ausreichenden **Berufshaftpflichtversicherung** nachweist und
3. der Gesellschaftsvertrag oder die Satzung regelt, dass
 - a) Gegenstand des Unternehmens die Wahrnehmung von Berufsaufgaben der Architekten, Innenarchitekten und Landschaftsarchitekten ist,
 - b) Mitglieder der Architektenkammer die Mehrheit des Kapitals und der Stimmanteile innehaben; die Berufszugehörigkeit der Gesellschafter, die mindestens ein Viertel des Kapitals oder der Stimmanteile innehaben, ist in geeigneter Weise kenntlich zu machen,
 - c) die Gesellschaft verantwortlich von Mitgliedern der Architektenkammer geführt wird,
 - d) Kapitalanteile nicht für Rechnung Dritter gehalten und Stimmrechte nur persönlich ausgeübt werden dürfen,
 - e) bei einer Aktiengesellschaft und einer Kommanditgesellschaft auf Aktien die Aktien auf den Namen lauten,
 - f) die Übertragung von Gesellschafts- und Kapitalanteilen an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist und
 - g) die für die Berufsangehörigen nach diesem Gesetz bestehenden Pflichten von der Gesellschaft beachtet werden.

Hiervon abweichend darf eine Gesellschaft die Berufsbezeichnungen des **Architekten und des Beratenden Ingenieurs** führen, wenn beide Berufsgruppen zusammen mindestens zwei Drittel des Kapitals und der Stimmanteile innehaben und jede der im Namen der Gesellschaft genannten Berufsgruppen mindestens ein Viertel des Kapitals und der Stimmanteile hält. Die Gesellschaft ist in diesem Fall in dem Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, deren Kammerangehörige innerhalb der Gesellschaft über das größere Gewicht des Kapitals und der Stimmanteile verfügen. Bei gleichem Gewicht ist in das Gesellschaftsverzeichnis der Kammer einzutragen, die über den Schutz der Berufsbezeichnung wacht, die im Namen der Gesellschaft an vorderster Stelle steht.

Allemagne

Die Gesellschaften haben zur Deckung der sich aus ihrer Tätigkeit ergebenden Haftpflichtgefahren eine **Berufshaftpflichtversicherung** für die Dauer der Eintragung in das jeweilige Gesellschaftsverzeichnis abzuschließen sowie für eine Nachhaftungszeit von mindestens fünf Jahren aufrecht zu erhalten. Die Mindestversicherungssumme für jeden Versicherungsfall muss dabei 1 500 000 EUR für Personenschäden sowie 300 000 EUR für sonstige Schäden betragen. Die Leistungen des Versicherers für alle innerhalb eines Versicherungsjahres verursachten Schäden können auf den dreifachen Betrag der Mindestversicherungssumme begrenzt werden.

2. Auswärtige Gesellschaften

Gesellschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht in einem Gesellschaftsverzeichnis eingetragen sind (**auswärtige Gesellschaften**), dürfen nach Art. 11 Abs. 1-3 BayBauKaG in ihrer Firma oder ihrem Namen die Berufsbezeichnung und Wortverbindungen nur führen, wenn sie nach dem Recht ihres Herkunftsstaates befugt sind, diese oder vergleichbare Berufsbezeichnungen zu führen. Die auswärtigen Gesellschaften haben das erstmalige Erbringen von Leistungen der Architektenkammer vorher anzuzeigen. Das Führen der Berufsbezeichnung ist einer auswärtigen Gesellschaft durch die zuständige Kammer zu untersagen, wenn die Gesellschaft auf Verlangen nicht nachweist, dass sie oder ihre Gesellschafter und gesetzlichen Vertreter die die Kammer betreffende Tätigkeit nach dem Recht des Herkunftsstaates der Gesellschaft rechtmäßig ausüben.

Die auswärtigen Gesellschaften haben die **inländischen Berufspflichten** zu beachten (Art. 11 Abs. 4 BayBauKaG).

ANGLETERRE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

Architects Act 1997
*Architects Registration Board's General Rules*⁶

2. Jurisprudence

Royal Incorporation of Architects in Scotland v Revenue & Customs [2007] UKVAT V20252 (12 July 2007) discusses the mandatory professional **indemnity insurance** that all architects must hold in addition to their registration with the "Architects Registration Board" (the "ARB").⁷

3. Interrelation avec le droit européen⁸

The **84/384 Council Directive (EEC)** on the mutual recognition of diplomas, certificates and other evidence of formal qualifications in architecture, including measures to facilitate the effective exercise of the right of establishment and freedom to provide services, repealed by European Parliament and Council Directive 2005 / 36 (EC), was **implemented in England and Wales by SI 2002 / 2842 Architects' Qualifications (EC Recognition) Order 2002.**

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Under section 5 of the *Architects Act 1997*, a national of a State in the European Economic Area ("EEA") **is entitled to be registered as an architect in the United Kingdom if he holds a recognised EEA qualification, an established EEA qualification or a relevant EEA certificate.**

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Under section 6 of the *Architects Act 1997*, the ARB may **require an applicant for registration to pay an application fee of a prescribed amount.**

⁶ The Architects Registration Board Rules can be found on the website of the Architects Registration Board at <<http://www.arb.org.uk/about/general-rules.shtml>>

⁷ Several disciplinary decisions are recorded on the website of the ARB and also discuss mandatory insurance requirements: see <http://www.arb.org.uk/regulation/pcc-decisions.shtml>.

⁸ See Halsbury's Statutory Instruments, EC Legislation Implementator 2007: The Guide to the Implementation of Community Directives (London: LexisNexis Butterworths, 2007).

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration as an architect in the UK is the **ARB**.

4. Procédure

Pursuant to Rule 11 of the *Architects Registration Board's General Rules*, every applicant for registration **must complete and sign the appropriate application form**, together with acceptable documentary evidence satisfying the Registrar of their identity; submit documentary evidence of **award of qualification or certification of completion of studies or examinations** in architecture and / or a **certificate from the relevant competent authority** in the Member State; submit evidence of **practical training and experience** in architecture undertaken; provide **name and regular business address** for inclusion in the Register; and provide such **other information** as the Registrar may from time to time require.

5. Délais

The Registrar shall give the applicant its decision **within three months of the application**. However, if the ARB consults an EEA State in respect of an application for registration, the period **may have to be extended** until the ARB received a reply.

6. Décision et possibilité de recours

Under section 22 of the *Architects Act 1997*, an aggrieved person may appeal a decision to **remove his name from the Register** by appealing to the **High Court or the Court of Session** within **three months** from the date on which notice of the decision or order concerned is served on him. The Court may make any order which appears appropriate, and no appeal shall lie from any decision of the Court on such an appeal.

7. Effets de la reconnaissance

Once registered, an architect may use the title "architect" in the UK.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

Pursuant to section 12 of the *Architects Act 1997*, the Registrar maintains a list of **visiting EEA architects showing the name and qualifications** of each person enrolled in it and the **period** for which and services in respect of which each enrolment is effective. A national of an EEA State is entitled to be **enrolled on the list of visiting EEA architects**.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Under section 12 of the *Architects Act 1997*, an application is made by supplying a declaration in writing **giving particulars of the services to be provided** by the person while visiting the UK and the **period or periods** for which he expects to provide them; and a certificate (or

Angleterre

certificates) issued **not more than twelve months** previously by the competent authority of an EEA State in which he is established as an architect showing that **he is lawfully pursuing activities in the field of architecture in an EEA State** other than the United Kingdom and holds an acceptable qualification or certificate.

3. Autorité compétente

The competent authority that deals with applications for registration as an architect in the United Kingdom is the **ARB**.

4. Procédure

See no. 2 above. **No fee** shall be charged for enrolment on the list of visiting EEA architects.

5. Délais

The **processing time** for an application for registration as a visiting architect is approximately three months.

6. Décision et possibilité de recours

A person shall **not be enrolled on the list of visiting EEA architects** at a time when he is subject to a **disqualifying decision** in another EEA State; he is required to satisfy the Board of his competence to practise but **has not done so**; or his name has been **removed** from the Register because of a suspension order or an erasure order and has not been re-entered. The general appeals provisions at section 22 of the *Architects Act 1997* may apply to section 12 of the *Architects Act 1997*.

7. Effets de l'autorisation

Enrolment on the list of visiting EEA architects shall be for such period or periods and in respect of such services **as the Registrar considers appropriate** having regard to the particulars given in the declaration made by the visiting architect.

AUTRICHE

I. EINLEITUNG

Rechtsquellen

1. Europäisches Recht

a. Primärrecht

- EG-Vertrag in der Form des Vertrages von Lissabon
- Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit vom 21.6.1999, in Kraft seit 1.6.2002, Stand 27.12.2006 (0.142.112.681).

b. Sekundärrecht

- Richtlinie 2005/36/EG vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18).

2. Nationales Recht

- [Ziviltechnikergesetz 1993](#) - ZTG, BGBl. Nr. 156/1994 i.d.F. BGBl. I Nr. 164/2005. **Die letzte berücksichtigte Gesetzesänderung ist BGBl. I Nr. 135/2009.**
- Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Umsetzung zwischenstaatlicher Vereinbarungen betreffend die Architekten ([EWR-Architektenverordnung - EWR-ArchV](#)) BGBl. Nr. 694/1995

3. Nationale Rechtsprechung

- VwGH 2006/06/0173, 23.10.2007; Verleihung der Befugnis eines "Ziviltechnikers für EWR Architekten"

A. Verhältnis zu europarechtlichen Vorgaben

1. Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG

Die Richtlinie 2005/36/EG wurde im Architektenrecht **durch Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2008 umgesetzt.**

II. LÄNDERBERICHT ÖSTERREICH

Ohne Dienstleistungsanzeige bzw. abgeschlossenes Niederlassungsverfahren ist die Erbringung von Planungsleistungen in Österreich nicht erlaubt.

A. Niederlassung als Architekt

In Österreich spricht man von **Ziviltechnikern**. Ziviltechniker werden eingeteilt in:

1. **Architekten** und
2. **Ingenieurkonsulenten**.

Staatlich befugte und beeidete Ziviltechniker sind natürliche Personen, die auf ingenieurwissenschaftlichen oder naturwissenschaftlichen Fachgebieten aufgrund einer vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehenen Befugnis freiberuflich tätig sind.

Ziviltechniker sind, sofern bundesgesetzlich nicht eine besondere Berechtigung gefordert wird, auf dem gesamten, von ihrer Befugnis umfassten Fachgebiet zur Erbringung von planenden, prüfenden, überwachenden, beratenden, koordinierenden, mediativen und treuhänderischen Leistungen, insbesondere zur Vornahme von Messungen, zur Erstellung von Gutachten, zur berufsmäßigen Vertretung vor Behörden und Körperschaften öffentlichen Rechts, zur organisatorischen und kommerziellen Abwicklung von Projekten, ferner zur Übernahme von Gesamtplanungsaufträgen, sofern wichtige Teile der Arbeiten dem Fachgebiet des Ziviltechnikers zukommen, berechtigt.

Architekten sind zur Planung von Projekten ihres Fachgebietes befugt, insbesondere von Monumentalbauten, Theatern, Festhallen, Ausstellungsgebäuden, Museumsbauten, Kirchen, Schulen und Spitälern des Bundes, der Länder und Gemeinden, sofern sie vom künstlerischen, kulturellen oder vom sozialen Standpunkt von Bedeutung sind.

1. Dauernde Berufszulassung

Schweizer, deren Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit in Österreich liegt, müssen einen **Niederlassungsantrag** stellen, um die österreichische Berufsberechtigung als **Ziviltechniker** (Architekt oder Ingenieurkonsulent) zu erlangen.

Dies erfordert die Mitgliedschaft in einer **österreichischen Kammer**.

a. Erfordernisse für die Niederlassung

Gem. § 5 und § 33 ZTG ist die **Befugnis** eines Ziviltechnikers österreichischen Staatsbürgern, Staatsangehörigen eines EU-Mitgliedstaates und deren Familienangehörigen oder eines EWR-Vertragsstaates bzw. Staatsangehörigen der Schweizerischen Eidgenossenschaft oder den durch sonstige zwischenstaatliche Vereinbarungen den österreichischen Staatsbürgern gleichgestellten Personen zu verleihen, die in ihrem Herkunftsmitgliedstaat den Beruf eines freiberuflichen Architekten befugt ausüben, wenn **kein Ausschließungsgrund** vorliegt und die für die Ausübung erforderliche **fachliche Befähigung** nachgewiesen wurde. Die **Befugnis** eines Architekten verleiht der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit.

Auriche

aa. Ausschlussgründe sind:

1. Personen, die in ihrer **Handlungsfähigkeit beschränkt** sind,
2. über deren Vermögen der **Konkurs** anhängig ist oder innerhalb der letzten drei Jahre eröffnet worden ist, sofern nicht der Konkurs nach einem Zwangsausgleich oder nach Bestätigung des Zahlungsplans aufgehoben worden ist,
3. über deren Vermögen der Konkurs mangels Bestätigung eines hinreichenden Vermögens innerhalb der letzten drei Jahre nicht eröffnet worden ist,
4. denen die **Befugnis aberkannt** wurde,
5. die in einem öffentlichen Dienstverhältnis des Dienststandes, es sei denn ausschließlich als Lehrer an öffentlichen oder mit Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Lehranstalten, stehen oder die aus dem öffentlichen Dienst auf Grund eines Disziplinarerkenntnisses entlassen wurden,
6. die **nicht** über die zur Ausübung erforderliche **Zuverlässigkeit** verfügen.

bb. Fachliche Befähigung

Gem. § 6 ZTG erfolgt der Nachweis der fachlichen Berechtigung durch

1. die Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums,
2. die praktische Betätigung
3. und die erfolgreiche Ablegung der Ziviltechnikerprüfung.

Die Voraussetzung der **Absolvierung des der angestrebten Befugnis entsprechenden Studiums** (Ziffer 1) ist erfüllt, wenn das Fachgebiet für das eine Befugnis angestrebt wird, dem absolvierten Universitätsstudium oder Fachhochschul-Studiengang entspricht. Studienabschlüsse an ausländischen Universitäten bedürfen der Nostrifizierung⁹ nur dann, wenn es sich nicht um Studienabschlüsse an einer Universität oder Fachhochschule eines EU-Mitgliedstaates oder eines EWR-Vertragsstaates oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft handelt.¹⁰ (Zu den Voraussetzungen der Diplomanerkennung vgl. sogleich unter b.)

Die **Praxis** (Ziffer 2) muss mindestens drei Jahre umfassen, nach Abschluss des Studiums zurückgelegt werden und geeignet sein, die für die Ausübung der Befugnis erforderlichen Kenntnisse zu vermitteln. Sie ist durch glaubwürdige Zeugnisse und eine eingehende Darstellung der Art und Dauer nachzuweisen.

⁹ § 90 des Universitätsgesetzes 2002, BGBl. I Nr. 120/2002, in der jeweils geltenden Fassung. Studienabschlüsse an ausländischen Fachhochschulen bedürfen der Nostrifizierung gemäß § 5 Abs. 4 und 5 Fachhochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 340/1993, in der jeweils geltenden Fassung.

¹⁰ Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise im Bereich der Richtlinie 85/384/EWG, die außerhalb der Europäischen Union erworben wurden und bereits in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union anerkannt worden sind, sowie die dazu in einem Mitgliedstaat absolvierten Ausbildungsgänge und/oder die dort erworbene Berufserfahrung sind im Rahmen eines Antrages auf Zulassung zur Ziviltechnikerprüfung oder Verleihung der Befugnis innerhalb einer Frist von drei Monaten zu prüfen.

Autriche

Sie muss hauptberuflich

1. in einem Dienstverhältnis freier Dienstverträge oder
2. als persönlich ausübender Gewerbetreibender eines reglementierten Gewerbes oder
3. im öffentlichen Dienst absolviert worden sein.

Von der praktischen Betätigung muss mindestens ein Jahr entfallen:

1. bei Absolventen des Studiums der Architektur und bei Absolventen eines auf einem bautechnischen Fachgebiet gelegenen Studiums/Fachhochschul-Studienganges auf eine praktische Betätigung auf Baustellen und
2. bei Absolventen des Studiums/Fachhochschul-Studienganges des Vermessungswesens auf eine praktische Betätigung auf dem Gebiet der Grenzvermessung für alle Zwecke der grundbücherlichen Teilungen sowie Ab- und Zuschreibungen gemäß dem Liegenschaftsteilungsgesetz

b. Antragsinhalt

Dem Antrag um Verleihung der Befugnis eines Architekten an einen ausländischen Bewerber sind folgende Unterlagen und Bescheinigungen anzuschließen:

1. **Staatsangehörigkeitsnachweis,**
2. **Befähigungsnachweis des Herkunftsmitgliedstaates,** der zur Aufnahme des Berufes eines freiberuflichen Architekten berechtigt,
3. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Zuverlässigkeit,**
4. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das Vorliegen der **Konkursfreiheit,**
5. Bescheinigungen der zuständigen Behörden des Herkunftsmitgliedstaates über das **Nichtvorliegen eines standeswidrigen Verhaltens.**

Diese Bescheinigungen dürfen bei ihrer Vorlage **nicht älter als drei Monate** sein.

Nach § 36 ZTG ist die **fachliche Befähigung** durch die Vorlage eines Nachweises im Sinne des Art. 11 lit. e der Richtlinie 2005/36/EG nachzuweisen. Hierbei handelt es sich um einen Nachweis, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von **mindestens vier Jahren** oder eine Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Jeder Ausbildungsnachweis und jede Gesamtheit von Befähigungsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden, sofern sie eine in der Gemeinschaft erworbene Ausbildung abschließen und von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung des Berufs eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieses Berufs vorbereiten, sind den genannten Ausbildungsnachweisen gleichgestellt.

Nicht gleichwertig ist eine Berufsqualifikation, wenn sich die geltend gemachte Ausbildung auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von den nach diesem Bundesgesetz vorgeschrie-

Auriche

benen Ausbildungsnachweisen unterscheiden. Die mangelnde Gleichwertigkeit der geltend gemachten Berufsqualifikation zur fachlichen Befähigung ist durch die Absolvierung einer **Eignungsprüfung** oder eines höchstens zweijährigen **Anpassungslehrganges** auszugleichen.

Die Eignungsprüfung soll nachweisen, dass der Antragstellers befähigt ist, den Beruf eines Ziviltechnikers auszuüben. Der Anpassungslehrgang erfolgt im Rahmen eines Dienstverhältnisses. Er soll nicht weniger als ein Jahr und nicht mehr als zwei Jahre dauern.

Nach § 37 ZTG hat der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit mit den zuständigen Behörden der anderen EU-Mitgliedstaaten, der EWR-Vertragsstaaten oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft **zur Anwendung der Richtlinie 2005/36/EG eng zusammenzuarbeiten und Amtshilfe zu leisten.**

c. Titelführung

Gem. § 38 ZTG dürfen die Bezeichnungen "Ziviltechniker", "Architekt", "Ingenieurkonsulent", "Zivilgeometer" und "Zivilingenieur" von Personen, denen eine entsprechende Befugnis nicht verliehen wurde, nicht geführt werden.

Die Worte "Ziviltechniker", "Architekt", "Ingenieurkonsulent", "Zivilgeometer" und "Zivilingenieur" dürfen nur der Firma einer berufsbefugten Ziviltechnikergesellschaft beigefügt werden.

Die Bezeichnung "Zivilgeometer" darf nur von Personen geführt werden, denen die Befugnis auf dem Fachgebiet des Vermessungswesens verliehen wurde.

d. Pflichten

Der ausländische Bewerber unterliegt den inländischen Pflichten der Ziviltechniker; er ist insbesondere zur Verschwiegenheit über die ihm in Ausübung seines Berufes vertrauten oder bekanntgewordenen Angelegenheiten seines Auftraggebers verpflichtet.

e. Zuständige Behörden

Landesarchitekten und Ingenieurskonsulentenkammern

Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten Wien, Niederösterreich Burgenland,

<http://wien.arching.at/index.php?cid=230>

Oberösterreich

<http://www.aikammeros.org/>

Salzburg

<http://www.aikammeros.org/>

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

<http://www.archwest.at/archwest/>

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten

<http://www.aikammer.org/kontaktgraz.asp>

Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten
<http://www.arching.at/baik/kontakt/content.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
<http://www.bmwfj.gv.at/Ministerium/Seiten/Kontakt.aspx>

B. Dienstleistungsfreiheit

1. Bedingungen für Dienstleistungen

Gem. § 30 Abs. 1 ZTG sind Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates, eines EWR-Vertragsstaates oder Staatsangehörige der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat oder in einem anderen EWR-Vertragsstaat oder in der Schweiz niedergelassen sind und dort den Beruf eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten befugt ausüben, berechtigt, wenn kein Ausschließungsgrund vorliegt, nach Maßgabe des Abs. 2 unter Beachtung der Berufs- und Standesregeln vorübergehend und gelegentlich Dienstleistungen auf diesem Fachgebiet zu erbringen.

a. Meldepflicht

Sofern eine temporäre projektbezogene grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll, ist bei der jeweiligen Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten in deren Bereich die Leistung erbracht werden soll, eine **schriftliche Dienstleistungsanzeige** einzubringen. Der Betreffende ist in die Liste der Dienstleistungserbringer aufzunehmen.

Die Voraussetzungen für die Erbringung von vorübergehenden und gelegentlichen Dienstleistungen sind:

1. die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates, EWR-Vertragsstaates oder die Staatsangehörigkeit der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
2. die Niederlassung in einem Mitgliedstaat bzw. in der Schweiz, sowie eine aufrechte Befugnis zur freiberuflichen Ausübung des Berufes eines Architekten oder eines Ingenieurkonsulenten,
3. die fachliche Befähigung,
4. die Ausübung des Berufes eines freiberuflichen Architekten oder eines freiberuflichen Ingenieurkonsulenten während der vorhergehenden zehn Jahre mindestens zwei Jahre lang, sofern dieser Beruf in dem Niederlassungsstaat des Dienstleisters nicht reglementiert ist.

b. Informationspflicht

Der Dienstleister ist verpflichtet, vor Erbringung der Dienstleistung den **Dienstleistungsempfänger** über Folgendes zu informieren:

1. das **Register**, in dem er eingetragen ist, sowie die Nummer der Eintragung oder gleichwertige, der Identifikation dienende Angaben aus diesem Register,
2. Namen und Anschrift der **zuständigen Aufsichtsbehörde des Niederlassungsstaates**,

Auriche

3. die **Berufskammern** oder vergleichbare Organisationen, denen der Dienstleister angehört,
4. die **Berufsbezeichnung** oder seinen **Befähigungsnachweis**,
5. die **Umsatzsteueridentifikationsnummer** und
6. Einzelheiten zu seinem **Versicherungsschutz** in Bezug auf die Berufshaftpflicht

2. Zuständige Behörden

Zuständige Landeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

3. Rechtsstellung

Wie inländische Ziviltechniker

C. Sozietäten – Zusatzinformationen

Für **Ziviltechnikergesellschaften** gelten die §§ 21 ff ZTG.

Ziviltechniker dürfen zum ausschließlichen Zweck dauernder Ausübung des Ziviltechnikerberufes offene Gesellschaften, Kommanditgesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften mit eigener, vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit verliehener Befugnis bilden (Ziviltechnikergesellschaften). Die Bildung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechtes mit Gewerbetreibenden ist nur zulässig, wenn diese zu ausführenden Tätigkeiten nicht berechtigt sind.

Die Befugnis wird gem. § 22 ZTG vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auf Antrag der Gesellschaft für einen bestimmten Sitz verliehen. Gesellschaften, die ihre Rechtspersönlichkeit erst durch spätere Eintragung in das Firmenbuch erlangen, sind im Verfahren über die Verleihung der Befugnis parteifähig und von den vorgesehenen Organen zu vertreten. Die Befugnis ist zu verleihen, wenn sämtliche Inhalte der beantragten Gesellschaftsbefugnis durch ausgeübte Befugnisse von geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Ziviltechnikern, die Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder sind, gesetzmäßig nachgewiesen sind und der Gesellschaftsvertrag den Bestimmungen des ZTG entspricht.

Ziviltechnikergesellschaften müssen ihren Sitz in Österreich am Kanzleisitz eines der geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter oder Vorstandsmitglieder haben. Der Firma ist der Zusatz "Ziviltechnikergesellschaft" unter Beachtung der allgemeinen firmenrechtlichen Bestimmungen beizufügen. Das Wort "Ziviltechniker" darf mit "ZT" abgekürzt werden.

Gesellschafter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur natürliche Personen und berufsbefugte Ziviltechnikergesellschaften sein. Gewerbetreibende, deren Tätigkeit der Befugnis einer Ziviltechnikergesellschaft fachlich entspricht, sowie geschäftsführungs- und vertretungsbefugte Gesellschafter oder leitende Angestellte solcher Gewerbetreibenden dürfen nicht Gesellschafter dieser Ziviltechnikergesellschaft sein. In Geschäftspapieren sind die Namen und Befugnisse aller geschäftsführungs- und vertretungsbefugten Gesellschafter anzuführen. Ziviltechniker müssen ihre Gesellschafterstellung im eigenen Namen und für

Autriche

eigene Rechnung innehaben und ausüben. Die treuhändige Übertragung und Ausübung von Gesellschaftsrechten ist unzulässig.

Geschäftsführer und organschaftliche Vertreter einer Ziviltechnikergesellschaft dürfen nur physische Personen sein, die Gesellschafter mit aufrechter Befugnis sind und gemeinsam mehr als die Hälfte der Gesellschaftsanteile innehaben. In Geschäftsfällen, in denen fachverschiedene Befugnisse mehrerer Ziviltechniker erforderlich sind, hat der Gesellschaftsvertrag einschlägig befugte Geschäftsführer jedenfalls zu gemeinsamem Handeln zu verpflichten.

Über fachliche Fragen der Berufsausübung der Ziviltechnikergesellschaft entscheiden in den jeweils zuständigen Gesellschaftsorganen ausschließlich die Gesellschafter mit ausgeübter Befugnis. Gegen den Willen jener Gesellschafter, die über die für den Gegenstand der Entscheidung fachlich einschlägige Befugnis verfügen, darf keine Entscheidung getroffen werden.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften eingetragene Personengesellschaften sind, dürfen Gesellschafter, die keine ausgeübte Befugnis haben, nur Kommanditisten sein.

Sofern Ziviltechnikergesellschaften Aktiengesellschaften sind, hat die Satzung ausschließlich Namensaktien vorzusehen. Die Übertragung der Aktien ist an die Zustimmung der Hauptversammlung zu binden. Die Hauptversammlung ist zu verpflichten, der Übertragung nur unter Beachtung der Vorschriften dieses Bundesgesetzes und der Landesregeln zuzustimmen.

Sonstiges

Es existieren verschiedene nicht verpflichtende **Honorarordnungen**, deren Einhaltung jedoch empfohlen wird.

Haftung und Gewährleistung: Nach österreichischem Werkvertrags- und Schadensersatzrecht im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB).

Es muss im Fall der Niederlassung eine **Pflichtversicherung** abgeschlossen werden (Kontaktstelle: Architektenkammer).

FRANCE

I. INTRODUCTION

A. Sources normatives pertinentes

1. Législation

- Loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture
- Décret n° 77-1481 du 28 décembre 1977 sur l'organisation de la profession d'architecte tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.
- Décret n° 80-217 du 20 mars 1980 portant code des devoirs des architectes
- Décret n° 80-218 du 20 mars 1980 relatif au port du titre de titulaire du diplôme d'architecte et à l'honorariat pris pour l'application de la loi n°77-2 du 3/01/1977 sur l'architecture
- Décret n° 2009-443 du 20 avril 2009 relatif à l'exercice en commun de la profession d'architecte sous forme de société d'exercice libéral

2. Interrelation avec le droit européen

- Décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009 relatif à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte
- Arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte
- L'ordonnance n° 2008-507 du 30 mai 2008 a modifié la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture afin de transposer la directive 2005/36/CE relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.
- Directive 85/384/CEE visant à la reconnaissance mutuelle des diplômes, certificats et autres titres du domaine de l'architecture et comportant des mesures destinées à faciliter l'exercice effectif du droit d'établissement et de libre prestation de services.
- Accord conclu le 21 juin 1999 entre la Communauté européenne et ses Etats membres, d'une part et la Confédération Helvétique d'autre part, ratifié par la France : loi n° 2001-1117 du 28 novembre 2001 – décret n° 2002-946 du 25 juin 2002.

II. RAPPORT

A. Liberté d'établissement

1. Conditions pour la reconnaissance de la qualification professionnelle

Il est désormais prévu que sont inscrites, sur leur demande, à un tableau régional d'architectes les personnes physiques de nationalité française ou ressortissantes d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen qui jouissent de leurs droits civils, présentent les garanties de moralité nécessaires et remplissent l'une des conditions suivantes¹¹ :

- 1° Etre soit titulaire du diplôme d'Etat d'architecte ou d'un autre diplôme français d'architecte reconnu par l'Etat, et titulaire de l'habilitation de l'architecte diplômé d'Etat à l'exercice de la maîtrise d'œuvre en son nom propre délivrée par l'Etat, soit titulaire d'un diplôme, certificat ou autre titre étranger permettant l'exercice de la profession d'architecte et reconnu par l'Etat¹² ;
- 2° Etre titulaire d'un diplôme, certificat ou autre titre délivré par un Etat tiers, qui a été reconnu dans un Etat membre ou dans un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen et qui a permis d'exercer légalement la profession dans cet Etat pendant une période minimale de trois ans, à condition que cette expérience professionnelle soit certifiée par l'Etat dans lequel elle a été acquise ;
Lorsque la période minimale de trois ans n'a pas été effectuée dans l'Etat qui a reconnu ledit diplôme, certificat ou titre, le titulaire doit être reconnu qualifié par le ministre chargé de la culture au vu des connaissances et qualifications attestées par ce diplôme, certificat ou titre et par l'ensemble de la formation et de l'expérience professionnelle acquises ;
- 3° Etre reconnu qualifié par le ministre chargé de la culture, après examen de l'ensemble des connaissances, qualifications et expériences professionnelles pertinentes au regard de celles exigées par les règles en vigueur pour l'accès à l'exercice de cette profession, lorsque le demandeur ne bénéficie pas des diplômes, certificats et autres titres listés dans les annexes V, point 5. 7, et VI de la directive 2005 / 36 / CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.
Dans les cas mentionnés aux 2° et au 3°, le ministre chargé de la culture peut exiger, pour l'inscription de l'intéressé au tableau de l'ordre, l'accomplissement d'une mesure de compensation ;
- 4° Etre reconnu qualifié par le ministre chargé de la culture sur présentation de références professionnelles établissant que la personne s'est particulièrement distinguée par la qualité de ses réalisations dans le domaine de l'architecture après avis d'une commission nationale.

Les personnes physiques demandant la reconnaissance de leurs qualifications professionnelles en vue de leur inscription à un tableau régional d'architectes, conformément aux points 2° et 3° susmentionnés transmettent un dossier au ministre chargé de la culture¹³.

Les ressortissants suisses bénéficient également de ces dispositions en vertu de l'accord bilatéral de 1999 conclu entre les Etats membres de l'Union européenne et la Confédération Suisse.

¹¹ Article 10 de la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture.

¹² Les diplômes visés par cet article sont précisés par l'article 1 du décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009.

¹³ Sur le contenu des dossiers, voir les articles 3, 4, et 5 de l'arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

France

En ce qui concerne ces derniers, les diplômes reconnus en raison des accords bilatéraux entre l'Union européenne et la Confédération Suisse sont :

- les diplômes délivrés par les écoles polytechniques fédérales (arch. Dipl. EPF, dipl. arch. ETH, arch. dipl. PH).
- les diplômes délivrés par l'école d'architecture de l'Université de Genève (arch. Dipl. EAUG).
- les certificats de la fondation des registres suisses des architectes et des techniciens.
- les diplômes d'architecte délivrés par l'Institut d'Architecture et d'Urbanisme de Genève.
- les diplômes d'architecte délivrés par l'Académie d'Architecture de Mendrisio.

2. Demande pour la reconnaissance et son contenu

Pour les diplômes cités précédemment, la reconnaissance est automatique. Les architectes doivent seulement s'inscrire sur le Tableau du Conseil de l'Ordre.

La demande d'inscription est déposée ou adressée par lettre recommandée avec demande d'avis de réception au siège du conseil régional. Elle est accompagnée d'un dossier comprenant les pièces justifiant que l'intéressé remplit les conditions fixées par la loi¹⁴. Le dossier, établi en deux exemplaires, comprend les pièces suivantes accompagnées, le cas échéant, de leur traduction en français¹⁵ :

- 1° Une copie du diplôme ;
- 2° Une déclaration par laquelle le demandeur s'engage à fournir une attestation d'assurance telle que prévue à l'article 16 de la loi du 3 janvier 1977 ;
- 3° Une copie d'une pièce d'identité en cours de validité ;
- 4° Un extrait du casier judiciaire ou tout document équivalent.

3. Autorité compétente

Conseil régional d'Alsace
5, rue Hannong
67000 Strasbourg
Tél : 03 88 22 55 85 - Fax : 03 88 22 39 26
Courriel : croa.alsace@wanadoo.fr

Conseil régional d'Aquitaine
1, place Jean Jaurès
33000 Bordeaux
Tél : 05 56 48 05 30 - Fax : 05 56 79 26 76
Courriel : ordre.aquitaine@architectes.org

Conseil régional d'Auvergne
40, bd Charles de Gaulle
63000 Clermont-Ferrand
Tél : 04 73 93 17 84 - Fax : 04 73 93 17 22
Courriel : ordre@archi-auvergne.org
Site Web : www.archi-auvergne.org

¹⁴ Art. 18 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

¹⁵ Article 1 de l'arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

France

Conseil régional de Basse Normandie
36, rue Arcisse de Caumont
14013 Caen cedex 1
Tél : 02 31 85 37 29 - Fax : 02 31 85 18 75
Courriel : croa.basse-normandie@wanadoo.fr

Conseil régional de Bourgogne
7, boulevard Winston-Churchill
21000 Dijon cedex
Tél : 03 80 28 90 03 - Fax : 03 80 73 62 79
Courriel : ordre.architectes.bourgogne@wanadoo.fr

Conseil régional de Bretagne
29, rue de la Chalotais, BP 70248
35102 Rennes Cedex 3
Tél : 02 99 79 12 00 - Fax : 02 99 79 11 19
Courriel : ordre.architectes.bretagne@wanadoo.fr

Conseil régional de Champagne-Ardennes
10, bd Hippolyte Faure
51000 Châlons-en-Champagne
Tél : 03 26 68 45 71 - Fax : 03 26 68 58 78
Courriel : croa.champagne-ardenne@wanadoo.fr

Conseil régional de Corse
1, rue Major Lambroschini
20177 Ajaccio cedex
Tél : 04 95 21 19 43 – Fax : 04 95 21 52 45
Courriel : croa-corse@wanadoo.fr

Conseil régional de Franche-Comté
1, rue des Martelots
25019 Besançon cedex
Tél : 03 81 81 47 38 - Fax : 03 81 83 05 14
Courriel : croa.franche-comte@wanadoo.fr

Conseil régional de Guadeloupe
9, rue de la Liberté
97122 Baie-Mahault
Tél : 0590 83 02 59 - Fax : 0590 91 71 70
Courriel : croag@wanadoo.fr

Conseil régional Guyane
13, rue Léopold Héder
97391 Cayenne Cedex 2
Tél : 00 594 28 94 76 - Fax : 00 594 28 94 77
Courriel : croaguy@wanadoo.fr

Conseil régional Ile de France
148, rue du Faubourg Saint Martin, 75010 Paris
Tél : 01 53 26 10 60 - Fax : 01 53 26 10 61
Courriel : croaif@architectes-idf.org
Site Web : www.architectes-idf.org

France

Conseil régional Languedoc-Roussillon
Les échelles de la ville
4 e étage
Place Paul Bec
34000 Montpellier
TEL : 0467224713
FAX : 0467224532
email : croa.languedoc.roussillon@wanadoo.fr

Conseil régional Limousin
75, bd Gambetta
87000 Limoges
Tél : 05 55 33 22 56 - Fax : 05 55 32 74 74
Courriel : croa.limousin@wanadoo.fr

Conseil régional Lorraine
24, rue du Haut Bourgeois
54000 Nancy
Tél : 03 83 35 08 57 - Fax : 03 83 36 48 80
Courriel : croa.lorraine@wanadoo.fr

Conseil régional Martinique
21 boulevard François Reboul – Sainte-Thérèse
Tél : 00 596 71 11 96 - Fax : 00 596 60 92 58
Courriel : croam@wanadoo.fr

Conseil régional Midi Pyrénées
45, rue Jacques Gamelin
31100 TOULOUSE
Tél : 0534312666 - Fax : 0534312669
Courriel : croa.midi-pyrenees@wanadoo.fr

Conseil régional Nord-Pas de Calais
Place François Mitterrand
59777 EURALILLE
Tél : 03 20 14 61 15 - Fax : 03 20 14 61 19
Courriel : croa.nordpasdecals@wanadoo.fr

Conseil régional Haute Normandie
111, bd de l'Yser
76000 ROUEN
Tél : 02 35 71 46 88 - Fax : 02 35 88 70 71
Courriel : croa.haute.normandie@wanadoo.fr
Web : www.architectes-ordre-htnormandie.com.fr

Conseil régional Pays de la Loire
63, rue Saint-Nicolas
49100 Angers
Tél : 02 41 87 63 14 - Fax : 02 41 87 98 51
Courriel : CROAPL@wanadoo.fr

France

Conseil régional Picardie
15, rue Marc Sangnier
80000 Amiens
Tél : 03 22 92 06 83 - Fax : 03 22 92 06 85
Courriel : croa.picardie@wanadoo.fr

Conseil régional Poitou-Charentes
1, rue de la Tranchée
86000 Poitiers
Tél : 05 49 41 46 71 - Fax : 05 49 55 34 22
Courriel : croa.poitou-charentes@wanadoo.fr

Conseil régional Provence Alpes Côte d'Azur
12, bd Théodore Thurner
13006 Marseille
Tél : 04 96 12 24 00 - Fax : 04 91 42 71 78
Courriel : ordredesarchitectes@croapaca.fr

Conseil régional de la Réunion
12, rue Moulin à Vent
97400 Saint-Denis
Tél : 02 62 21 35 06 - Fax : 02 62 41 45 91
Courriel : croareunion@wanadoo.fr

Conseil régional Rhône Alpes
7, avenue de Birmingham
69004 Lyon
Tél : 04 78 29 09 26 - Fax : 04 78 29 63 35
Courriel : croara@wanadoo.fr

4. Procédure

Le conseil régional accuse réception de la demande d'inscription par écrit et indique les délais et voies de recours¹⁶.

5. Délais

Le conseil régional statue dans un délai de deux mois à compter de la date mentionnée sur l'accusé de réception¹⁷.

Ce délai peut être prorogé pour une durée n'excédant pas trois mois, par décision motivée du conseil régional prise avant son expiration, lorsque le conseil régional saisi d'une demande d'inscription au tableau régional d'architectes d'un ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne a connaissance de faits graves et précis survenus préalablement à la demande de l'intéressé hors du territoire français et susceptibles d'avoir dans celui-ci des conséquences sur l'exercice de l'activité du requérant.

¹⁶ Art. 18 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

¹⁷ Art. 19 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

France

Si la décision n'est pas intervenue à l'expiration de ce délai, le conseil régional est dessaisi. Sur la requête de l'intéressé, le dossier est transmis immédiatement au ministre qui statue, après avis du conseil national, dans un délai de deux mois à compter de l'expiration du délai imparti au conseil régional pour se prononcer sur la demande.

6. Décision et possibilité de recours

La décision d'inscription ou de refus d'inscription du conseil régional est motivée. Elle est notifiée immédiatement à l'intéressé par lettre recommandée avec demande d'avis de réception. S'il s'agit d'un refus, elle précise le délai et les modalités du recours¹⁸.

En cas de refus, l'intéressé peut saisir le ministre chargé de la culture dans un délai de trente jours à compter du jour de la notification de la décision de refus. Il informe le conseil régional de son recours dans les mêmes conditions.

Le dossier complet de la demande, contenant toutes les pièces sur lesquelles la décision de refus a été fondée, est immédiatement adressé par le conseil régional au conseil national.

Le ministre se prononce par décision motivée¹⁹.

7. Effets de la reconnaissance

L'inscription au tableau régional confère le droit d'exercer la profession d'architecte sur l'ensemble du territoire français.

Toute personne inscrite à un tableau ou à son annexe et assujettie à l'obligation d'assurance définie par l'article 16 de la loi du 3 janvier 1977 susvisée adresse, au plus tard avant le 31 mars de chaque année, au conseil régional de l'ordre des architectes dont elle relève une attestation d'assurance pour l'année en cours²⁰.

B. Liberté de prestation de services

1. Conditions pour l'autorisation à la prestation des services

L'article 10-1 de la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 inséré par l'ordonnance n° 2008-507 du 30 mai 2008 prévoit que l'architecte ressortissant d'un Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen qui est légalement établi dans l'un de ces Etats peut exercer la profession d'architecte en France de façon temporaire et occasionnelle sans être inscrit à un tableau régional d'architectes.

L'architecte prestataire de services est soumis aux règles et procédures relatives aux conditions d'exercice de la profession, à l'usage du titre professionnel, aux règles professionnelles ou déontologiques et disciplinaires applicables à la profession, ainsi qu'aux obligations d'assurance correspondant aux prestations envisagées.

¹⁸ Art. 20 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

¹⁹ Art. 21 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

²⁰ Art. 21-1 du décret n° 77-1481 du 28 décembre 1997 tel que modifié par les décrets n° 2007-790 du 10 mai 2007 et n° 2008-484 du 22 mai 2008.

France

L'exécution de ces prestations est subordonnée à une déclaration écrite préalable auprès du conseil régional de l'ordre des architectes lors de la première prestation. Cette déclaration est renouvelée une fois par an si le prestataire envisage d'exercer son activité professionnelle de façon occasionnelle au cours de l'année concernée ou en cas de changement matériel dans sa situation. Elle est accompagnée notamment des informations relatives aux couvertures d'assurance et autres moyens de protection personnelle ou collective.

Dans le cas où le prestataire ne bénéficie pas de la reconnaissance automatique des diplômes, le conseil régional de l'ordre des architectes procède à la vérification des qualifications professionnelles déclarées. A l'issue de cette vérification, et en cas de différence substantielle entre les qualifications professionnelles du prestataire et la formation exigée en France, le conseil régional de l'ordre des architectes propose au prestataire de se soumettre à une épreuve d'aptitude en vue de démontrer qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes devant une commission siégeant au Conseil national de l'ordre des architectes.

Concernant les ressortissants suisses, elle s'applique en vertu de l'accord bilatéral conclu entre les Etats membres de l'Union européenne et la Confédération suisse.

2. Demande pour l'autorisation et son contenu

Lors de la première prestation de services ou en cas de changement matériel relatif à la situation établie par les documents, la déclaration préalable comprend les pièces suivantes, en deux exemplaires, accompagnées, le cas échéant, de leur traduction en français²¹ :

- 1° une déclaration écrite du demandeur informant de son intention de fournir une prestation de service ;
- 2° une attestation datant de moins de trois mois prouvant que le demandeur a souscrit les assurances couvrant sa responsabilité civile professionnelle en application des dispositions de l'article 16 de la loi du 3 janvier 1977 ;
- 3° Une copie des diplômes, certificats ou autres titres ;
- 4° Une copie de l'attestation certifiant que le demandeur est légalement établi dans un autre Etat membre de la Communauté européenne ou d'un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen pour y exercer les activités en question et qu'il n'encourt dans cet Etat aucune interdiction même temporaire d'exercer ;
- 5° Une copie d'une pièce d'identité en cours de validité.

Cette déclaration est renouvelée une fois par an si le prestataire compte fournir des services de manière temporaire ou occasionnelle en France au cours de l'année concernée. Dans ce cas, seules les pièces mentionnées aux 1° et 2° ci-dessus doivent être fournies²².

3. Autorité compétente

La demande est à adresser au conseil régional de l'ordre des architectes dans le ressort territorial duquel la première prestation est envisagée²³. Voir point II.A.3.

²¹ Article 14 alinéa 1 de l'arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

²² Article 14 de l'arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

²³ Article 10 du décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009 relatif à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

4. Procédure

Si le demandeur n'est pas soit titulaire du diplôme d'Etat d'architecte ou d'un autre diplôme français d'architecte reconnu par l'Etat, titulaire de l'habilitation de l'architecte diplômé d'Etat à l'exercice de la maîtrise d'œuvre en son nom propre délivrée par l'Etat, soit titulaire d'un diplôme, certificat ou autre titre étranger permettant l'exercice de la profession d'architecte et reconnu par l'Etat, le Conseil régional de l'ordre des architectes lui propose de se soumettre à une épreuve d'aptitude devant la commission d'évaluation des qualifications professionnelles pour la libre prestation de services, en vue de démontrer qu'il a acquis les connaissances et compétences manquantes dans les matières que le conseil régional de l'ordre des architectes a déterminées.

Le Conseil régional de l'ordre des architectes statue, sur proposition de la commission d'évaluation des qualifications professionnelles pour la libre prestation de services, dans le délai d'un mois suivant la décision de soumettre le demandeur à une épreuve d'aptitude, et notifie sa décision au demandeur²⁴. Cette décision est publiée par tout moyen.

En l'absence de décision à l'expiration des délais susmentionnés, la prestation de services peut être effectuée²⁵.

5. Délais

Le conseil régional de l'ordre des architectes statue dans un délai d'un mois à compter de la réception de la déclaration complète établie par le demandeur.

Avant l'expiration de ce délai, le conseil régional de l'ordre des architectes peut solliciter auprès du demandeur des informations complémentaires et l'informe du temps nécessaire pour prendre une décision qui intervient avant la fin du deuxième mois à compter de la réception du complément d'information.

Il notifie sa décision motive au demandeur. La décision est publiée par tout moyen.

En l'absence de décision à l'expiration des délais susmentionnés, la prestation de services peut être effectuée²⁶.

6. Décision et possibilité de recours

Un document confirmant l'autorisation est envoyé au requérant. D'après les informations obtenues auprès du Conseil régional d'Ile de France, il n'y a eu jusqu'à présent aucun refus par ce Conseil.

²⁴ Selon les formes précisées par l'article 15 de l'arrêté du 17 décembre 2009 relatif aux modalités de reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

²⁵ Article 12 du décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009 relatif à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

²⁶ Article 11 du décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009 relatif à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

7. Effets de l'autorisation

La prestation de services est effectuée sous le titre professionnel en vigueur dans l'Etat membre de la Communauté européenne ou dans un autre Etat partie à l'accord sur l'Espace économique européen où le demandeur est légalement établi. Le titre professionnel ou, s'il n'existe pas, le titre de formation est indiqué dans la langue officielle ou dans l'une des langues officielles de l'état membre d'établissement, de manière à éviter toute confusion avec le titre professionnel en vigueur en France.

Si le demandeur remplit les conditions de diplômes telles qu'elles ont été présentées au II. A. 1., la prestation de services est effectuée sous le titre professionnel en vigueur en France²⁷.

C. Quelques informations supplémentaires sur les sociétés professionnelles

En vue d'exercer l'exercice commun de leur profession, les architectes peuvent constituer, entre eux ou avec d'autres personnes physiques, des sociétés civiles ou commerciales. Ils peuvent également constituer une société à associé unique. Ces sociétés peuvent grouper des architectes inscrits à différents tableaux régionaux²⁸.

Les architectes peuvent donc constituer des sociétés anonymes, des SARL, des SAS, des Sasu, des EURL, des sociétés civiles professionnelles ou interprofessionnelles, des sociétés coopératives, des sociétés d'exercice libéral et des sociétés en participation.

Ils peuvent aussi constituer des sociétés ou groupements de moyens ayant pour objet de faciliter l'exercice de leur profession.

Par ailleurs, les architectes peuvent être associés d'une personne morale de droit privé édifiant des constructions pour son propre et exclusif usage et n'ayant pas pour activité l'étude de projets, le financement, la construction, la restauration, la vente ou la location d'immeubles, ou l'achat ou la vente de terrains ou de matériaux et éléments de construction²⁹.

²⁷ Article 14 du décret n° 2009-1490 du 2 décembre 2009 relatif à la reconnaissance des qualifications professionnelles pour l'exercice de la profession d'architecte.

²⁸ Article 12 al. 1 de la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture.

²⁹ Article 14 de la loi n° 77-2 du 3 janvier 1977 sur l'architecture.

ITALIE

I. INTRODUZIONE

A. Fonti normative

Tre sono, ad oggi, le principali fonti normative della regolamentazione italiana dell'esercizio, in Italia, della professione di **architetto** da parte di chi è in possesso di un **titolo estero**:

- **Decreto legislativo 9 novembre 2007 n. 206** recante "Attuazione della direttiva 2005/36 CE relativa al riconoscimento delle qualifiche professionali, nonché della direttiva 2006/100/CE che adegua determinate direttive sulla libera circolazione delle persone a seguito dell'adesione della Bulgaria e Romania" (qui di seguito: "**D. Lgs. 206/2007**")
- **Decreto legislativo 27 gennaio 1992, n. 129** recante « Attuazione delle direttive n. 85/384/CEE, n. 85/614/CEE e n. 86/17/CEE in materia di riconoscimento dei diplomi, delle certificazioni ed altri titoli nel **settore dell'architettura** » (qui di seguito: "**D. Lgs. 129/1992**")
- **Decreto 10 giugno 1994, n. 776** emanato dal Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica recante "Regolamento contenente norme ed integrazioni della disciplina dei procedimenti di riconoscimento ed iscrizione **all'albo degli architetti**" (qui di seguito: "**Decreto 776/1994**").

Si rileverà che il D. Lgs. 206/2007, attesa la sua recente approvazione, **non** è ancora stato completato da una **disciplina di dettaglio** relativa alla specifica **professione di architetto**. **Si è perciò tenuto conto qui di seguito del D. Lgs. 129/1992, che è ancora in vigore, dunque è ancora oggi applicabile, quanto meno nella misura in cui è compatibile con il D. Lgs. 206/2007.**

B. Interrelazione con il diritto europeo

La legge n. 364 del 15 novembre 2000 ha ratificato per l'Italia l'Accordo tra la Comunità europea ed i suoi Stati membri e la Confederazione svizzera del 21 giugno 1999 (l'« **Accordo** »). L'Accordo disciplina la **libera circolazione delle persone** tra la Comunità Europea e la Confederazione Svizzera e **stabilisce l'applicabilità delle direttive comunitarie in tema di riconoscimento delle qualifiche professionali anche ai cittadini elvetici**. Pertanto, sono state introdotte agevolazioni **tali da rendere di fatto la situazione dei cittadini elvetici analoga a quella dei cittadini comunitari**. Viene in particolare in considerazione l'art. 9 dell'Accordo, il cui testo è il seguente.

« Articolo 9 – Diplomi certificati e altri titoli

Per agevolare ai cittadini degli Stati membri della Comunità europea e della Svizzera l'accesso alle attività dipendenti e autonome e il loro esercizio, nonché la prestazione di servizi, le parti contraenti adottano, conformemente all'allegato III, le misure necessarie per quanto riguarda il **riconoscimento reciproco dei diplomi dei certificati e di altri titoli** e il coordinamento delle disposizioni legislative, regolamentari e amministrative delle parti contraenti in materia di accesso alle attività dipendenti e autonome e dell'esercizio di queste, nonché di prestazione di servizi ».

In base all'Accordo dunque, i professionisti che intendano ottenere il riconoscimento del titolo professionale conseguito nella Confederazione Svizzera possono presentare domanda al **Ministero competente** – per la **professione di architetto, il Ministero dell'Università e**

della ricerca (v. art. 5 D. Lgs. 206/2007) – ed inviando la documentazione necessaria. Si segnala che l'art. 2 del D. Lgs. 206/2007 dispone, al comma 3, che “**per il riconoscimento dei titoli di formazione acquisiti dai cittadini (...) della Confederazione svizzera, si applicano gli accordi in vigore con l'Unione europea**”.

II. RAPPORTO

A. Libertà di stabilimento

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libertà di stabilimento** agli artt. 16 s. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, **alla professione di architetto**, alla quale sono peraltro specificamente dedicati gli artt. 52 s. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito della professione qui in analisi, **pare logico avere riguardo al D. Lgs. 129/1992**. Distingueremo qui di seguito i due regimi, quello di cui al D. Lgs. 206/2007 (A.1) e quello di cui al D. Lgs. 129/1992 (A.2).

A.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

Il D. Lgs. 206/2007 pone, al titolo III capo I, rubricato « norme procedurali », **alcune regole generali**, che valgono per **tutte le professioni cui esso si applica, ivi compresa la professione di architetto**.

1. Condizioni e domanda per il riconoscimento

Ai sensi dell'art. 17 D. Lgs. 206/2007, la domanda per il riconoscimento è **corredata** dei seguenti documenti:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una copia degli **attestati di competenza o del titolo di formazione** che dà accesso alla professione ed eventualmente un attestato dell'**esperienza professionale** dell'interessato;

Le autorità competenti – per la professione di *architetto*: il **Ministero dell'Università e della ricerca** (art. 5 D.Lgs. 206/2007) – possono invitare il richiedente a **fornire informazioni** quanto alla sua formazione nella misura necessaria a **determinare l'eventuale esistenza di differenze sostanziali rispetto alla formazione richiesta sul territorio dello Stato italiano**. Qualora sia impossibile per il richiedente fornire tali informazioni, le autorità competenti si rivolgono al punto di contatto, all'autorità competente o a qualsiasi altro organismo pertinente dello Stato membro di origine.

Qualora l'accesso a una professione regolamentata sia subordinato ai **requisiti dell'onorabilità e della moralità**, o l'esercizio di tale professione possa essere **sospeso o vietato** in caso di gravi mancanze professionali o di condanne per reati penali, la sussistenza di tali requisiti si considera provata da **documenti rilasciati da competenti autorità dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato**.

Nei casi in cui l'ordinamento dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato non preveda il rilascio dei documenti di cui sopra, questi possono essere sostituiti da una **dichiarazione giurata** o, negli Stati membri in cui tale forma di dichiarazione non è contemplata, da una **dichiarazione solenne**, prestata dall'interessato dinanzi ad un'autorità *giudiziarica* o *amministrativa* competente o, eventualmente, dinanzi ad

Italie

un *notaio* o a un *organo qualificato* dello Stato membro di origine o dello Stato membro da cui proviene l'interessato.

Qualora l'accesso ad una professione regolamentata sia subordinato al **possesso di sana costituzione fisica o psichica**, tale requisito si considera dimostrato dal **documento prescritto** nello Stato membro di origine o nello Stato membro da cui proviene l'interessato. Qualora lo Stato membro di origine o di provenienza non prescriva documenti del genere, le autorità competenti accettano un attestato rilasciato da un'autorità competente di detti Stati.

Qualora l'esercizio di una professione regolamentata sia subordinato al possesso di **capacità finanziaria** del richiedente o di assicurazione contro i danni derivanti da responsabilità professionale, tali requisiti si considerano dimostrati da un **attestato rilasciato da una banca o società di assicurazione con sede in uno Stato membro**.

I documenti di cui sopra al momento della loro presentazione non devono essere di data anteriore a **tre mesi**.

La domanda è corredata da un **certificato dell'autorità competente dello Stato membro di origine attestante che il titolo di formazione soddisfa i requisiti stabiliti dalla normativa comunitaria** in materia di riconoscimento dei titoli di formazione in base al coordinamento delle **condizioni minime di formazione** (Art. 17 del D. lgs. 206/2007).

2. Formazione richiesta

La formazione di **architetto** comprende (ai sensi dell'art. 52 D. lgs. 206/2007), almeno **quattro anni** di studi a tempo pieno oppure **sei anni** di studi, di cui almeno **tre** a tempo pieno, in un'università o un istituto di insegnamento comparabile. Tale formazione deve essere sancita dal superamento di un **esame di livello universitario**. Questo insegnamento di livello universitario il cui elemento principale è l'architettura, deve mantenere un **equilibrio** tra gli aspetti teorici e pratici della formazione in architettura e garantire l'acquisizione delle seguenti conoscenze e competenze:

- capacità di creare progetti architettonici che soddisfino le esigenze estetiche e tecniche;
- adeguata conoscenza della storia e delle teorie dell'architettura nonché delle arti, tecnologie e scienze umane ad essa attinenti;
- conoscenza delle belle arti in quanto fattori che possono influire sulla qualità della concezione architettonica;
- adeguata conoscenza in materia di urbanistica, pianificazione e tecniche applicate nel processo di pianificazione;
- capacità di cogliere i rapporti tra uomo e opere architettoniche e tra opere architettoniche e il loro ambiente, nonché la capacità di cogliere la necessità di adeguare tra loro opere architettoniche e spazi, in funzione dei bisogni e della misura dell'uomo;
- capacità di capire l'importanza della professione e delle funzioni dell'architetto nella società, in particolare elaborando progetti che tengano conto dei fattori sociali;
- conoscenza dei metodi d'indagine e di preparazione del progetto di costruzione;
- conoscenza dei problemi di concezione strutturale, di costruzione e di ingegneria civile connessi con la progettazione degli edifici;
- conoscenza adeguata dei problemi fisici e delle tecnologie, nonché della funzione degli edifici, in modo da renderli internamente confortevoli e proteggerli dai fattori climatici;
- capacità tecnica che consenta di progettare edifici che rispondano alle esigenze degli utenti, nei limiti imposti dal fattore costo e dai regolamenti in materia di costruzione;
- conoscenza adeguata delle industrie, organizzazioni, regolamentazioni e procedure necessarie per realizzare progetti di edifici e per l'integrazione dei piani nella pianificazione generale.

Italie

In deroga all'articolo 52 appena menzionato, è riconosciuta sufficiente anche la formazione acquisita nel quadro della **promozione sociale** o di **studi universitari a tempo parziale**, nonché la formazione sancita dal superamento di un esame in architettura da parte di chi lavori da **sette anni** o più nel settore dell'architettura **sotto il controllo di un architetto o di un ufficio di architetti**. L'esame deve essere di **livello universitario ed equivalente** a quello di fine di studi di cui all'articolo 52 (v. supra).

3. Procedura

Ai fini del riconoscimento professionale, l'interessato presenta apposita **domanda** all'autorità competente (Ministero dell'Università e della ricerca, ex art. 5 D. Lgs. 206/2007). Entro **trenta giorni** dal ricevimento della domanda, l'autorità accerta la **completezza** della documentazione esibita, e ne **dà notizia** all'interessato. Ove necessario, l'autorità competente richiede le eventuali necessarie **integrazioni**.

Per la valutazione dei **titoli acquisiti**, il D. Lgs. 206/2007 prevede, come regola generale, che l'autorità indica una « **conferenza di servizi** », previa consultazione, per le attività di architetto, del *Consiglio Universitario Nazionale*, alla quale partecipano **rappresentanti**:

- delle amministrazioni dell'autorità competente;
- del Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- del Ministero degli affari esteri.

Nella conferenza dei servizi sono sentiti **un rappresentante dell'Ordine o Collegio professionale** ovvero della categoria professionale interessata (art. 16, comma 3 D. Lgs. 206/2007).

Sul riconoscimento provvede l'autorità competente con **decreto motivato**, da adottarsi nel termine di **tre mesi** dalla presentazione della documentazione completa da parte dell'interessato. Il decreto è **pubblicato** nella Gazzetta Ufficiale della Repubblica italiana.

4. Effetti del riconoscimento

Ai sensi dell'art. 3 del D. Lgs. 206/2007, disposizione **generale** in tema di « **effetti del riconoscimento** », il riconoscimento delle qualifiche professionali operato ai sensi del D. Lgs. 206/2007 permette di **accedere**, se in possesso dei requisiti specificamente previsti, **alla professione corrispondente per la quale i soggetti richiedenti sono qualificati nello Stato membro d'origine e di esercitarla alle stesse condizioni previste dall'ordinamento italiano**. La professione che l'interessato eserciterà sul territorio italiano sarà quella per la quale è qualificato **nel proprio Stato membro d'origine**, se le attività sono comparabili.

Per quanto riguarda la **specifica** professione di architetto, il D. Lgs. 206/2007 dispone che il riconoscimento attribuisce ai diplomi, certificati ed altri titoli, **la stessa efficacia** dei diplomi rilasciati dallo Stato italiano per l'accesso all'attività nel settore dell'architettura e per il suo esercizio con il **titolo professionale di architetto**. Il riconoscimento attribuisce **il diritto di far uso del titolo di architetto secondo la legge italiana e consente di far uso del titolo riconosciuto e della relativa abbreviazione, secondo la legge dello Stato membro di origine o di provenienza e nella lingua di questi** (art. 54 D. Lgs. 206/2007)

Si menzionerà infine che i Consigli dell'ordine degli architetti, in collaborazione con il Consiglio nazionale dell'ordine degli architetti, **forniscono agli interessati le necessarie informazioni sulla legislazione e deontologia professionale**. Gli ordini possono **attivare corsi**, con oneri a carico degli interessati, per fornire loro le conoscenze linguistiche necessarie all'esercizio dell'attività professionale (art. 54 D. Lgs. 206/2007).

A.2. Regime di cui al D. Lgs. 129/1992

1. Condizioni per il riconoscimento

Il D. Lgs. 129/1992 disciplina il riconoscimento dei diplomi, certificati e altri titoli rilasciati a cittadini di uno Stato membro dell'Unione europea e, per effetto dell'Accordo, a cittadini svizzeri, **per l'accesso o l'esercizio in Italia dell'attività di architetto a titolo permanente o con carattere di temporaneità**. Il D. Lgs. 129/1992 si applica anche a coloro che **intendono svolgere l'attività professionale di architetto in qualità di lavoratore dipendente**.

In Svizzera, i diplomi cui la disciplina è applicabile sono i seguenti:

- i diplomi rilasciati da **Politecnici Federali**: « arch. dipl. PF ».
- i diplomi rilasciati dall' « **Ecole d'architecture de l'Université de Geneve** »: « **architecte diplômé EAUG** »,
- i certificati dalla Fondazione dei Registri svizzeri degli ingegneri, degli architetti e dei tecnici (REG): « **architetto REG A** »;

Sono riconosciuti i diplomi, certificati ed altri titoli rilasciati a conclusione di un corso di studi di livello universitario, che **presentino i seguenti requisiti** (art. 2 D. Lgs. 129/1992) :

- la formazione deve riguardare **principalmente** l'architettura ed essere **equilibratamente ripartita** tra gli aspetti tecnici e pratici ;
- la durata della **formazione** deve comprendere almeno **quattro anni di studi a tempo pieno** presso un'università o un istituto d'istruzione analogo, ovvero almeno **sei anni di studio** presso un'università o analogo istituto, di cui non meno di **tre a tempo pieno**, ed essere sancita, a conclusione del corso di studi, dal superamento di un **esame di livello universitario**.
- La formazione data dal corso di studi deve assicurare le stesse capacità e conoscenza elencate all'art. 52 del D. Lgs. 206/2007 ed enumerate *supra*, al punto A.1. 2.

2. Domanda

I soggetti interessati devono presentare al **Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca** domanda per il **riconoscimento del proprio titolo** ai fini dell'ammissione all'esercizio dell'attività di architetto nel territorio della **Repubblica italiana** (art. 4 D. Lgs. 129/1992)

La domanda, redatta in **lingua italiana** ed in carta da bollo, deve indicare la **provincia** nella quale l'interessato ha intenzione di stabilirsi o di operare, ed essere corredata dei seguenti documenti:

- il **diploma, certificato, o titolo** o insieme di titoli di cui si chiede il riconoscimento, in **copia autenticata**, o un **attestato** rilasciato dalla stessa autorità che ha conferito il diploma, certificato o altri titoli, che, riportando gli stessi dati, ne conferma la veridicità;
- un certificato rilasciato da un'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza, che dichiari **soddisfatti i requisiti di moralità o di onorabilità** in esso richiesti per l'accesso all'attività di architetto.

Se lo Stato membro d'origine o di provenienza non richiede tale attestato, in sostituzione deve essere presentato un estratto del **casellario giudiziario** o, in mancanza, un documento equipollente rilasciato dalla competente autorità di quello Stato. Se nessuno dei predetti documenti viene rilasciato nello Stato membro d'origine o di provenienza, deve essere presentato un attestato che faccia fede che l'interessato ha **reso una dichiarazione giurata** o, negli Stati in cui tale giuramento non esista, una **dichiarazione solenne davanti ad una competente autorità giudiziaria o amministrativa**, ad un notaio o ad un organismo professionale qualificato dello Stato membro d'origine o di provenienza;

Italia

- un **certificato di cittadinanza o copia di altro documento** dalla quale si evinca la cittadinanza dell'interessato.

Il **Ministero** può richiedere che i documenti, se redatti in lingua diversa dall'italiano, siano accompagnati da una **traduzione ufficiale in lingua italiana** del testo originale qualora sia impossibile acquisire, attraverso altri canali, le necessarie informazioni dai documenti prodotti. Al momento della loro presentazione i documenti non devono essere di data anteriore **a tre mesi**.

3. Procedura

Entro **trenta giorni** dalla data di presentazione della documentazione, il Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca accerta la completezza e la regolarità della domanda e della relativa documentazione, richiedendo all'interessato le **eventuali integrazioni**.

Per la **valutazione dei titoli**, il Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca indice, previa consultazione del **Consiglio universitario nazionale**, una **conferenza di servizi**.

A tale conferenza **partecipano**:

- il Dipartimento per il coordinamento delle politiche comunitarie;
- il Ministero degli affari esteri;
- il Ministero della giustizia;
- il Consiglio nazionale degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori.
- In relazione a casi specifici, un rappresentante del Consiglio nazionale degli ingegneri.

Il procedimento si conclude con l'**adozione**, da parte del Ministero dell'istruzione, dell'università e della ricerca, **del decreto di riconoscimento o del provvedimento di rifiuto entro tre mesi dalla presentazione della domanda o della sua integrazione**. Il decreto di riconoscimento o il provvedimento di rifiuto sono **comunicati all'interessato**. Il decreto è altresì **trasmesso al Consiglio degli architetti**, pianificatori, paesaggisti e conservatori territorialmente competente per l'iscrizione nell'albo. Il provvedimento è debitamente motivato e **può essere impugnato dinanzi agli organi giurisdizionali competenti**. Il richiedente può ricorrere anche in assenza di decisioni **entro il termine stabilito**.

Se i titoli attestano una formazione non conforme ai requisiti di cui sopra, il riconoscimento può essere **condizionato al superamento di una prova attitudinale**, tenuto conto anche **dell'esperienza professionale** acquisita nello Stato membro che ha riconosciuto detto titolo.

4. Iscrizione all'albo

Sono ammessi all'esercizio dell'attività nel settore dell'architettura con il **relativo titolo professionale** e sono iscritti all'**albo degli architetti** i cittadini degli Stati membri delle Comunità europee che: a) sono in possesso di un **titolo riconosciuto**; b) presentano **requisiti di moralità ed onorabilità**; c) hanno **residenza o domicilio** in Italia (art. 5 comma 1 D. Lgs. 129/1992).

Ai fini dell'iscrizione all'**albo** degli architetti, i cittadini degli Stati membri delle Comunità europee e, per effetto dell'Accordo, i cittadini svizzeri, in possesso di un titolo riconosciuto che li abilita all'esercizio in Italia dell'attività nel settore dell'architettura, presentano all'Ordine degli architetti, nella cui circoscrizione intendono stabilirsi, **domanda redatta in lingua italiana**, corredata dai documenti qui di seguito indicati.

Italie

Coloro nei cui confronti sia intervenuto il decreto di riconoscimento del titolo, presentano, con la domanda di iscrizione, **soltanto il certificato di residenza o una dichiarazione sostitutiva** attestante il proprio domicilio in Italia, qualora la **presentazione della domanda avvenga entro sessanta giorni** dalla comunicazione all'interessato del decreto di riconoscimento da parte del Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica. Dopo la scadenza del termine, la domanda deve essere corredata anche del **certificato, attestato o dichiarazione solenne** di cui sopra e del decreto legislativo e del **certificato di cittadinanza**.

Il Consiglio dell'ordine degli architetti del **luogo di residenza o domicilio** dell'interessato provvede **all'iscrizione** sulla base del decreto di riconoscimento o, se l'iscrizione sia richiesta in epoca successiva, previo accertamento dei requisiti di moralità ed onorabilità nei modi. L'iscrizione comporta il **godimento dei diritti e l'osservanza degli obblighi previsti dall'ordinamento professionale**.

Sono ammessi altresì all'esercizio dell'attività nel settore dell'architettura con l'uso del relativo titolo e sono iscritti all'albo degli architetti, i cittadini di uno Stato membro delle Comunità europee (e, per effetto dell'Accordo, i cittadini elvetici) autorizzati a servirsi di tale titolo in applicazione d'una disposizione legislativa, che conferisce all'autorità competente d'uno Stato membro la facoltà di attribuire questo titolo ai cittadini degli Stati membri, che si siano **particolarmente distinti per la qualità delle loro realizzazioni nel campo dell'architettura**.

Gli interessati devono allegare alla domanda di iscrizione il **provvedimento, in originale o in copia autenticata**, dell'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza, **con il quale l'interessato è stato autorizzato a servirsi del titolo di architetto**, ovvero un certificato rilasciato dalla medesima autorità dal quale risultino gli estremi del provvedimento di autorizzazione e della disposizione legislativa in forza della quale il provvedimento stesso è stato emanato.

5. Effetti del riconoscimento

Il riconoscimento attribuisce ai diplomi, certificati ed altri titoli, la **stessa efficacia dei diplomi rilasciati dallo Stato italiano per l'accesso all'attività nel settore dell'architettura e per il suo esercizio con il titolo professionale di « architetto »**. In particolare, il riconoscimento attribuisce il diritto di far uso del **titolo** di « Architetto » secondo la legge italiana e consente di far uso del **titolo riconosciuto e della relativa abbreviazione**, secondo la legge dello Stato membro di origine o di provenienza e nella lingua di questi (art. 3 D. Lgs. 129/1992).

I Consigli dell'ordine degli architetti, in collaborazione con il Consiglio nazionale dell'ordine degli architetti, **forniscono agli interessati le necessarie informazioni sulla legislazione e deontologia professionale**. Gli ordini possono attivare corsi, con oneri a carico degli interessati, per fornire loro le conoscenze linguistiche necessarie all'esercizio dell'attività professionale (art. 10 D. Lgs. 129/1992).

B. Libera prestazione di servizi

Il D. Lgs. 206/2007 regola la **libera prestazione di servizi** agli artt. 9-15. Tale decreto si applica, tra l'altro, come detto, alla professione di *architetto*. Finché non verrà emanata la legislazione secondaria di **esecuzione** di tale decreto nell'ambito delle professioni qui in analisi, **pare logico avere riguardo alla D. Lgs. 129/1992**. I due regimi saranno illustrati separatamente.

B.1. Regime di cui al D. Lgs. 206/2007

1. Condizioni per l'esercizio

La **libera prestazione di servizi** sul territorio nazionale **non** può essere limitata per ragioni attinenti alle qualifiche professionali:

- se il prestatore è **legalmente stabilito** in un altro Stato membro per esercitarvi la corrispondente professione;
- in caso di **spostamento del prestatore**; in tal caso, se nello Stato membro di stabilimento la professione **non è regolamentata**, il prestatore deve aver esercitato tale professione per almeno **due anni** nel corso dei **dieci anni** che precedono la prestazione di servizi.

Tale libertà è concessa al solo prestatore che si **sposta** sul territorio dello Stato per esercitare la professione « **in modo temporaneo e occasionale** ». Il carattere « temporaneo e occasionale » della prestazione è valutato, dall'autorità competente, **caso per caso**, tenuto conto anche della **natura** della prestazione, della **durata** della prestazione stessa, della sua **frequenza**, della sua **periodicità** e della sua **continuità** (Art. 9 D. Lgs. 206/2007).

2. Comunicazione

Il prestatore che si sposta per la prima volta da un altro Stato membro sul territorio nazionale per fornire servizi è tenuto **ad informare 30 giorni prima**, salvo i casi di urgenza, l'autorità competente con una **dichiarazione scritta**, contenente informazioni sulla prestazione di servizi che intende svolgere, nonché sulla **copertura assicurativa o analoghi mezzi di protezione personale o collettiva** per la responsabilità professionale. Tale dichiarazione ha validità per l'anno in corso e deve essere rinnovata, se il prestatore intende successivamente fornire servizi temporanei o occasionali in tale Stato membro. Il prestatore può fornire la dichiarazione con **qualsiasi mezzo idoneo** di comunicazione.

In occasione della **prima** prestazione, o in qualunque momento interviene un **mutamento** oggettivo della situazione attestata dai documenti, la dichiarazione di cui sopra deve essere corredata di:

- un certificato o copia di un documento che attesti la **nazionalità** del prestatore;
- una certificazione dell'autorità competente che attesti che il titolare è **legalmente stabilito in uno Stato membro** per esercitare le attività in questione e che non gli è vietato esercitarle, anche su base temporanea, al momento del rilascio dell'attestato;
- un documento che comprovi il **possesso delle qualifiche professionali**;
- nei casi in cui la professione non è regolamentata, una prova con qualsiasi mezzo che il prestatore ha esercitato l'attività in questione per almeno **due anni** nei precedenti dieci anni;
- per le professioni nel settore della **sicurezza** la prova di **assenza di condanne penali**.

Il prestatore deve **informare** della sua prestazione, prima dell'esecuzione o, in caso di urgenza, immediatamente dopo, **l'ente di previdenza obbligatoria competente per la professione esercitata**. La comunicazione, che **non comporta obblighi di iscrizione o di contribuzione**, può essere effettuata con **qualsiasi mezzo idoneo** (Art. 10 D. Lgs. 206/2007).

3. Diritti ed obblighi

In caso di **spostamento**, il prestatore è soggetto alle **norme che disciplinano l'esercizio della professione che è ammesso ad esercitare**, quali : la **definizione** della professione, l'**uso** dei titoli e la **responsabilità** professionale connessa direttamente e specificamente alla tutela e sicurezza dei consumatori, nonché alle **disposizioni disciplinari** applicabili ai professionisti che, sul territorio italiano, esercitano la professione corrispondente (art. 9 comma 4 D.lgs. 206/2007).

Per le professioni di cui al titolo III, capo IV del D. Lgs. 206/2007 – tra le quali vi è quella dell'architetto – la prestazione di servizi è effettuata **con il titolo professionale previsto dalla normativa italiana**.

Copia delle dichiarazioni di cui sopra è trasmessa dall'autorità competente al **competente Ordine o Collegio** professionale che provvede ad una **iscrizione automatica in apposita sezione degli albi istituiti e tenuti presso i consigli provinciali e il consiglio nazionale** con oneri a carico dell'Ordine o Collegio stessi. L'iscrizione è assicurata per la durata di efficacia della dichiarazione. L'iscrizione all'ordine **non comporta l'iscrizione ad enti di previdenza obbligatoria** (Art. 13 D.lgs. 206/2007).

Le informazioni pertinenti circa la **legalità** dello stabilimento e la **buona condotta** del prestatore, nonché l'**assenza** di sanzioni disciplinari o penali di carattere professionale sono richieste e assicurate dalle autorità competenti. Queste provvedono affinché lo **scambio di tutte le informazioni necessarie** per un reclamo del destinatario di un servizio contro un prestatore avvenga correttamente. I destinatari sono **informati** dell'esito del reclamo (Art. 14 D. Lgs. 206/2007).

B.2. Regime di cui al D. Lgs. 129/1992

1. Condizioni per l'esercizio

Sono ammessi all'esercizio dell'attività di architetto, con carattere di **temporaneità**, previa **dichiarazione al Consiglio nazionale** degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori, i **cittadini degli Stati membri e, per effetto dell'Accordo, i cittadini elvetici** che: a) sono **in possesso** di uno dei titoli sopra menzionati; b) esercitano **legalmente l'attività relativa al settore dell'architettura** nello Stato membro in cui sono stabiliti o, per effetto dell'Accordo, in Svizzera (art. 9 D. Lgs. 129/1992). Tali norme **non** si applicano **se vi è stabilimento in Italia della sede principale o secondaria di uno studio professionale**.

2. Comunicazione

Per essere ammesso alle prestazioni dei servizi successive alla prima, nella circoscrizione dell'ordine provinciale nel cui registro è iscritto, l'**interessato** deve presentare all'ordine medesimo la **dichiarazione preliminare relativa a tali prestazioni**.

In base all'art. 9 comma 2 D. Lgs. 129/1992, sembra che la dichiarazione preliminare è fatta soltanto **"se la prestazione di servizi comporta la realizzazione di un progetto nel territorio italiano"**.

Il Consiglio dell'Ordine, qualora venga a conoscenza di **fatti gravi e specifici sopravvenuti**, rilevanti ai fini dell'ammissione all'esercizio della professione o della libera prestazione dei servizi, ne informa al riguardo, per il tramite del Ministero dell'università e della ricerca scientifica e tecnologica, la **competente autorità** dello Stato membro in cui il professionista è stabilito o, per effetto dell'Accordo, in Svizzera.

Italia

Il Consiglio dell'Ordine degli architetti delibera sulla domanda dell'interessato **entro trenta giorni dalla data della presentazione e dispone l'iscrizione nel registro delle prestazioni dei servizi**. Il presidente dell'Ordine dà **immediata comunicazione** all'interessato dell'accoglimento o del rigetto della domanda a mezzo lettera raccomandata con avviso di ricevimento. Avverso la delibera con la quale viene respinta la domanda è ammesso **ricorso al Consiglio nazionale degli architetti entro trenta giorni** dalla data di ricevimento della comunicazione. L'interessato è ammesso all'espletamento della prestazione dalla data della deliberazione di accoglimento della domanda (art. 8 Decreto 10 giugno 1994, n. 776).

3. Iscrizione al registro

La prestazione di servizi comporta l'**iscrizione in appositi registri**, istituiti e tenuti presso i **Consigli provinciali** ed il **Consiglio nazionale** degli architetti, pianificatori, paesaggisti e conservatori, con oneri a carico degli ordini. Ai fini dell'iscrizione nel registro, in occasione della *prima* prestazione di servizi, da parte dell'interessato è **presentata domanda**, redatta in lingua italiana, all'Ordine degli architetti **nella cui circoscrizione sarà svolta la prestazione** (Art. 7 Decreto 10 giugno 776/1994).

Alla domanda sono allegati:

- un attestato comprovante il **possesso dei requisiti** che lo abilitano alla professione di architetto
- un certificato, di data non anteriore a *dodici* mesi, rilasciato dall'autorità competente dello Stato membro d'origine o di provenienza dal quale risulti che l'interessato **esercita legalmente l'attività nel settore dell'architettura** nello Stato medesimo
- una dichiarazione relativa alla **prestazione da effettuare**, nella quale deve indicare la natura e la presumibile durata dell'attività da svolgere e la eventuale sede temporanea in cui sarà svolta.

Nel registro delle **prestazioni dei servizi**, tenuto dal **Consiglio dell'Ordine** provinciale degli architetti, **per ciascun iscritto, sono annotati**:

- le generalità complete
- la cittadinanza
- lo Stato di origine o provenienza
- il titolo che lo abilita all'attività nel settore dell'architettura e gli eventuali estremi del decreto di riconoscimento
- le prestazioni di servizi effettuate.

Nel registro tenuto dal **Consiglio nazionale** degli architetti sono annotati, per ciascun professionista, il **nome e cognome, lo Stato di origine o provenienza e gli estremi della deliberazione del competente Consiglio dell'Ordine che lo iscrive nel registro provinciale**. Le deliberazioni del Consiglio dell'Ordine concernenti le iscrizioni nel registro provinciale e le dichiarazioni preliminari relative alle prestazioni dei servizi successive alla prima sono trasmesse, in copia conforme, al **Consiglio nazionale degli architetti** (Art. 9 Decreto 234/1994).

4. Effetti

Ai cittadini iscritti nel registro, si applicano le disposizioni relative al **godimento dei diritti ed alla osservanza degli obblighi previsti dall'ordinamento professionale in quanto compatibili** (art. 9 D. Lgs. 129/1992).